

# Monatsspiegel

Februar 2004



## Erlangen

## Vom Dialog zur Solidarität der Generationen

von Florian Janik

Der Begriff Generation läuft einem ziemlich häufig über den Weg. "Generationengerechtigkeit" und "demographischer Wandel" sind zwei wichtige Schlagworte in der politischen Debatte auf allen Ebenen.

### **Nicht Generation sondern Gesellschaft braucht Gerechtigkeit**

Generationengerechtigkeit zielt dabei vor allem darauf ab, dass man der nächsten Generation keine oder zumindest nicht so viele Schulden hinterlassen möchte, weil diese die Schulden nicht mehr zurückzahlen kann. Die "heutige" Generation soll "den Gürtel enger schnallen" und verzichten, damit es der nächsten Generation einmal besser geht. Das politische Ziel heißt ausgeglichener Haushalt und Schuldenabbau. Dies wird dann - in einer völligen Umdeutung des Begriffes - "nachhaltige Haushaltsführung" genannt. Die Folge einer solchen Politik, gepaart mit Steuersenkungen und anderen einnahmeseitigen Verschlechterungen, sind sinkende staatliche Investitionen und folglich das Anwachsen des Investitionsstaus. Allein der Investitionsbedarf der deutschen Kommunen wird vom Deutschen Institut für Urbanistik auf ca. 690 Mrd. Euro geschätzt und etwa 70% dieser Investitionen sind reine Ersatz- bzw. Modernisierungsinvestitionen. Die Folge dieser Politik ist der

von Brigitte Mugele

"Unsere Gesellschaft hat nicht zu viele alte Menschen, sondern zu wenig junge" (Prof.Dr. U.Lehr). Diese Entwicklung findet nicht nur in Deutschland statt (wo sie allerdings sehr weit fortgeschritten ist), sondern auch in allen anderen Ländern, so dass auch diese vor denselben Herausforderungen stehen. Eine Lösung ist nur gemeinsam möglich und nicht dadurch zu erreichen, dass die Alten diskriminiert werden durch falsche Aussagen, wie z.B. "Die Alten verursachen mehr Verkehrsunfälle und sollten daher ihren Führerschein abgeben" oder "die Alten sind im Gesundheitssystem zu teuer" oder "die alten Arbeitnehmer sind nicht mehr kreativ und zu langsam und nicht flexibel". Solche und ähnliche Vorurteile sind längst durch eine Vielzahl von Untersuchungen widerlegt, werden aber dennoch immer wieder aus der Schublade geholt, wenn es gilt, Schuldige für ungelöste Probleme zu benennen und die Würde der Menschen (Grundgesetz), auch wenn sie alt, krank und pflegebedürftig sind, dann keine Rolle mehr spielt. Man denke nur an die schlimmen Diskussionen

wir trauern um Peter Zink

Seite 5

### Februar

2	20.00	Gaststätte Deutsches Haus	Kreisvorstand	
3	20.00	August-Bebel-Haus	Jusos: ‚Arbeit‘	S.18
5	17.00	August-Bebel-Haus	60plus: Antragsbehandlung KMV	S. 17
5	19.00	Gaststätte Mohrenkopf, Schiffstr	AK Gesundheit	S. 18
<b>6</b>	<b>19.00</b>	<b>Festsaal der VHS, Friedrichstr. 19</b>	<b>AsF: 25-jähriges Jubiläum</b>	<b>S.28</b>
10	20.00	FSV; Tennenloher Str.	Distrikt Bruck: Jahreshauptversammlung	S 13
10	20.00	Gaststätte des BSC, Schallershoferstr.	Distrikt West: Arcaden	S. 16
10	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe: Jahreshauptversammlung	S. 15
11	20.00	Gaststätte Röthelheim	Distrikt Süd: Arcaden	S. 14
<b>12</b>	<b>20.00</b>	<b>Turnerbund</b>	<b>Kreismitgliederversammlung</b>	<b>S. 6</b>
17	20.00	Gaststätte Angerwirt, Guhmannstr.	Distrikt Anger: Situation Demenzerkrankter	S. 13
17	20.00	Schützenheim Eltersdorf	Distrikt Eltersdorf:	S. 13
17	20.00	Gaststätte Mohrenkopf, Schiffstr.	Distrikt Innenstadt: Jahreshauptversammlung	S. 14
17	20.00		Jusos: Neumitgliedertreffen	S.18
18	20.30	Gaststätte Mohrenkopf, Schiffstr.	PG Wirtschaft/Sozialpolitik	S.18
19	20.00	AWO-Ost, Drausnickstr. 82	Distrikt Ost	S. 14
20	20.00	Gaststätte Mohrenkopf, Schiffstr.	Linkes Forum Erlangen	S.18
21	17.30	Gaststätte Kaiser Wilhelm, Nebenzimmer	5 Jahre Sozialliberaler Erlanger Kreis	S. 18

### März

1	20.00		Kreisvorstand	
10	20.00	Gaststätte Röthelheim	Distrikt Süd: Röthelheimpark	S. 14
11	20.00	Gaststätte ‚Zur Einkehr‘	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	S. 16
14	11.00		AsF: Frauenempfang	S. 17
16	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 15
16	20.00		Distrikt Innenstadt	S. 14
<b>18</b>	<b>20.00</b>		<b>Jahreshauptversammlung</b>	
24	20.00	Gaststätte Mohrenkopf	PG Wirtschaft/Sozialpolitik	S.18
29	20.00		Kreisvorstand	

Am Mittwoch, den 18. Februar findet ab 18.00 Uhr im großen Ratsaal im Rathaus eine Gedenkstunde für Peter Zink statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Der Vorstand ladet ein zu den nächsten Kreisvorstandssitzungen am 2.2., 1.3. und 29.3. im Deutschen Haus.

Wer Interesse an Online-Dokumentation (pdf-file) des Monatsspiegels hat, der schaut am besten ins Ineternet unter [www.spd-erlangen.de](http://www.spd-erlangen.de)

**Redaktionsschluss  
für den nächsten Monatsspiegel  
Ausgabe März 2004  
17. 2. 2004**

Florian Janik

weiterer Verfall öffentlicher Infrastruktur wie Straßen, öffentlicher Nahverkehr und Schulen (was auch in Erlangen zu beobachten ist) kombiniert mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Stagnation. Und hier zeigt sich das absurde der Argumentation der Generationengerechtigkeit. Denn mit und in dieser kaputten Infrastruktur wächst die nächste Generation auf und erbt sie schließlich. Welche Folgen dies beispielsweise im Bildungsbereich hat, kann man an den Auswirkungen der stoiberschen Sparorgien beobachten. Die Leidtragenden lassen sich eben nicht an Generationengrenzen festmachen, Lehrende wie Lernende sind gleichermaßen betroffen. Nicht oder zumindest weniger betroffen sind nur diejenigen, die aufgrund ihres Einkommens und ihres Vermögens nicht auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Die Debatte um die Generationengerechtigkeit entpuppt sich somit als nichts anderes als eine Verschleierung der Verteilungsfrage.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Alternative liegt nicht in einer unendlichen Verschuldung, sondern in einer gezielten Investitionspolitik finanziert durch Neuverschuldung und durchaus auch höherer und vor allem konsequenterer Besteuerung von Vermögen, Erbschaften, Einkommen und Gewinnen. Dies politische Konfliktlinie verläuft also nicht entlang der Generationengrenzen, sondern wie sooft entlang sozioökonomischer Kriterien.

### Den demographischen Wandel hinterfragen

Unter dem demographischen Wandel, versteht man die Alterung der Gesellschaft, als Folge zurückgehender Geburtenraten und steigender Lebenserwartung. Tatsächlich wird der Altenquotient (= Anzahl Personen im Alter 60plus / Anzahl Personen im Alter 20 bis 60) von derzeit etwa 0,43 auf etwa 0,74 im Jahr 2030 ansteigen mit den bekannten Folgen für das Verhältnis von Erwerbstätigen und RentnerInnen. Im gleichen Zeitraum sinkt der Jugendquotient (= Anzahl Personen im Alter 20minus / Anzahl Personen im Alter 20 bis 60) von derzeit ca. 0,37 erst bis 2020 auf 0,32 ab, um dann bis 2030 wieder auf das alte Niveau anzusteigen. Der Gesamtquotient (Jung + Alt / 20 bis 60), als Maßzahl für die Belastung der Erwerbsfähigen Generation, hatte seinen niedrigsten Stand Mitte der Neunziger Jahre und befindet sich derzeit mit 0,83 etwa auf dem Niveau der 80er Jahre (davor war er noch höher) und wird bis 2030 auf etwa 1,11 ansteigen. Bis etwa 2020 wird also die "Last" nur umverteilt. Weniger junge Menschen müssen versorgt werden, dafür aber mehr alte. Erst ab dann beginnt die Phase in der theoretisch eine gesamtgesellschaftliche Mehrbelastung vorliegen könnte.

Zu beachten ist allerdings, dass die Kindererziehung hauptsächlich von den Haushalten privat bezahlt (und meist von den Frauen durchgeführt) wird, die Versorgung der RentnerInnen allerdings hauptsächlich über die gesetzliche Rentenversicherung erfolgt. Die demographische Entwicklung hätte also eine Verschiebung der Versorgungsleistung von den privaten Haushalten in die öffentliche Hand zur Folge. Ein Verteilungsproblem also, und nicht mehr. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur wird heute aber vor

Fortsetzung auf Seite 4

des letzten Jahres über die Rationierung von medizinischen Leistungen für Ältere: "weil Du arm bist, musst Du früher sterben!" oder: weil Du alt bist, lohnt es sich nicht mehr.

Dabei wurde auf der Zweiten Weltversammlung zu Fragen des Alterns in Madrid im Jahr 2002 der 2. Weltaltenplan verabschiedet und führte in demselben Jahr auf der UNECE-Ministerkonferenz in Berlin zur (Selbst) Verpflichtungen der UNECE-Staaten in zehn Punkten:

1. Einbeziehung der Dimension des Alterns in alle politischen Bereiche, um eine Gesellschaft für alle Lebensalter zu verwirklichen.
2. Gewährleistung der vollen gesellschaftlichen Integration und Teilhabe der älteren Menschen.
3. Förderung eines gerechten und nachhaltigen Wirtschaftswachstums als Antwort auf das Altern der Bevölkerung.
4. Angleichung der sozialen Sicherungssysteme als Antwort auf den demografischen Wandel und seine sozialen und wirtschaftlichen Folgen
5. Unterstützung der Arbeitsmärkte bei der Anpassung an die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Bevölkerungsalterung.

Fortsetzung auf Seite 4

### In diesem Monat

Zum Tod von Peter Zink	4
Kreismitgliederversammlung	8
Anträge	9
Resolution zur G8	12
Aus den Distrikten	13
Aus den Arbeitsgemeinschaften	17
Geburtstage	19
Leserbiefe	22
Aus dem Stadtrat	24
Die 7. Städtepartnerschaft	25
Europa-Kampa	27
25 Jahre Asf Erlangen	28

Florian Janik

allem als Argument verwendet, um die Sozialen Sicherungssysteme "umzubauen", also eigentlich abzubauen.

Dass dieses Argument heute Unsinn ist, zeigen die oben genannten Zahlen. Selbst wenn es ein demographisches Problem gäbe, dann trifft uns das ab dem Jahr 2020 und nicht heute. Die Gründe für die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats liegen heute vielmehr in der hohen Arbeitslosigkeit und der Umverteilung des Einkommens, weg vom Arbeitseinkommen hin zum Einkommen aus Kapitalerträgen.

Aber selbst in der Zukunft ist das Argument zur Rechtfertigung von Sozialabbau höchst zweifelhaft. Sowohl durch Produktivitätssteigerungen, die auch weiterhin zu erwarten sind, als auch durch eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit oder durch Zuwanderung, ließe sich das Problem, wenn man es denn so nennen möchte, abmildern und sogar lösen, ohne dabei den Sozialstaat zu zerschlagen.

Auch der demographische Wandel erweist sich also, ebenso wie die Generationengerechtigkeit, als ein Scheinargument. Ähnlich wie die Standortdebatte in den 90er Jahren dient es dazu, den Sozialstaat abzubauen. Um das zu erreichen werden die Generationen gegeneinander ausgespielt und der tatsächliche Konflikt, zwischen denen, die einen Sozialstaat brauchen und denen, die ihn abschaffen wollen, verschleiert.

Unstrittig ist allerdings, dass diese Gesellschaft eine ganze Menge an Problemen hervorbringt, die gelöst werden müssen. Dazu braucht es nicht nur den Dialog, sondern die Solidarität der Generationen.

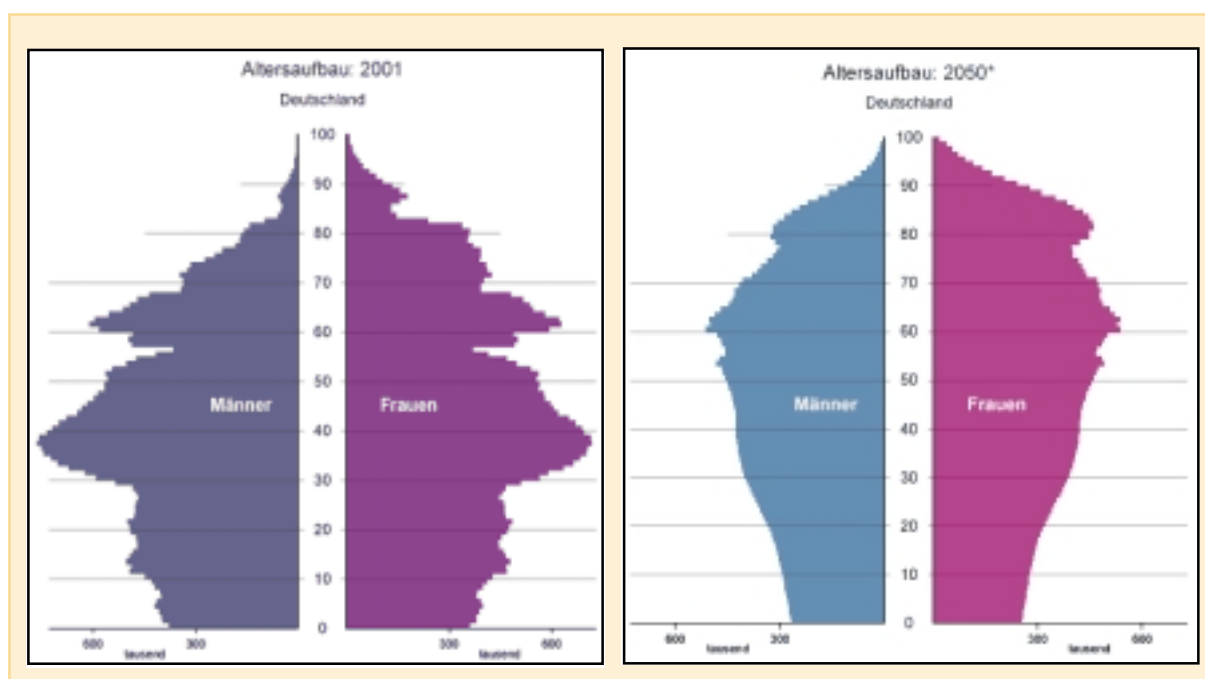
Brigitte Mugele

6. Förderung von lebenslangem Lernen und Angleichung des Bildungssystems, um den sich ändernden wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Verhältnissen gerecht zu werden.
7. Versuch der Sicherstellung von Lebensqualität in jedem Lebensalter und der Beibehaltung eines unabhängigen Lebens, einschließlich Gesundheit und Wohlbefinden.
8. Einbringung einer gleichstellungsorientierten Strategie in eine alternde Gesellschaft.
9. Unterstützung von Familien, die ältere Menschen betreuen, und Förderung inter- und intragenerationeller Solidarität unter den Familienangehörigen
10. Förderung der Umsetzung und Weiterverfolgung der regionalen Implementierungsstrategie durch regionale Kooperation.

Liebe GenossInnen, ich glaube, dass in diesen zehn Verpflichtungen alles ausgedrückt wird, was notwendig ist, gleichzeitig aber auch die riesige Dimension deutlich zu erkennen ist. Wir wollen trotzdem hier vor Ort versuchen, nach unseren Möglichkeiten mitzuarbeiten, mitzukämpfen, nicht gegeneinander, sondern miteinander für Generationengerechtigkeit.

2001

2050



Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Die SPD Erlangen trauert um ihren Ehrenvorsitzenden

# Peter Zink

22.12.1907 - 10.1.2004

Mitglied im Stadtrat Erlangen von 1946 - 1963

Mitglied des bayerischen Landtags von 1954 - 1974

Vorsitzender der SPD Erlangen von 1954 - 1967

Träger der Georg-von Vollmar-Medaille und der August Bebel-Uhr

Robert Thaler

Kreisvorsitzender

Gisela Niclas

Fraktionsvorsitzende

Wolfgang Vogel

Landtagsabgeordneter

## Die Trauerrede von Wolfgang Vogel anl. der Beerdigung am 16.01.2004, 12.00 h, Zentralfriedhof Erlangen

Sehr verehrte, liebe Familie Zink, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus der Politik, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften, meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen unseres Fraktionsvorsitzenden Franz Maget, der gesamten SPD-Landtagsfraktion, insbesondere auch der mittelfränkischen SPD-Abgeordneten und unserer Sprecherin Helga Schmitt-Bussinger darf ich Ihnen und Euch, liebe Familie Zink, unser tiefes Mitgefühl zum nun doch so plötzlichen und überraschenden Tod unseres geschätzten und verehrten Genossen Peter Zink aussprechen.

Wir verlieren einen äußerst engagierten und verdienten Freund und ehemaligen Kollegen, mit dessen Namen die Landespolitik in der Nachkriegszeit und die Interessenvertretung unserer Heimatstadt Erlangen in München auf das engste verknüpft ist.

Und ich persönlich verliere einen langjährigen Förderer, politischen Freund und Lehrmeister, der mir bis zuletzt immer wieder solidarisches Ratgeber, Motivierer und Unterstützer war.

Als ich ihn zu seinem 96. Geburtstag vor gut drei Wochen im Wohnstift be-

sucht habe, lagen ihm vor allem zwei Dinge am Herzen:

→ Was machen wir denn, dass es wieder aufwärts geht mit der SPD in Bayern! Und Peter fügte hinzu: „Ach, es ist halt so schwer zur Zeit für uns!“

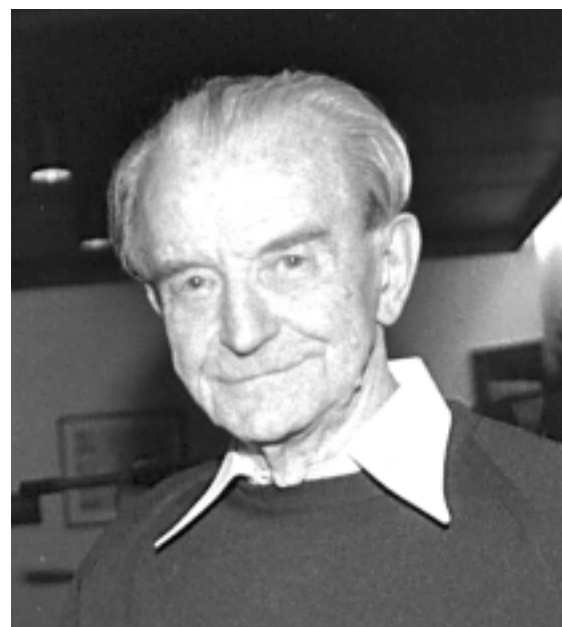
→ Und dann: „Aber bitte seid mir net böse, ich kann halt nimmer so zu den Veranstaltungen kommen. Des fällt mir so schwer!“

Beides ist so charakteristisch für unsern Zink'n Peter:

die bis zuletzt volle Anteilnahme am Schicksal und an der Politik seiner Partei.

Und der nicht nachlassende Wunsch, immer auch dabei zu sein, Solidarität zu zeigen, Unterstützung zu signalisieren, weil es ja um unsere gemeinsamen Ziele geht.

Die Kraft hierfür hat er bis zuletzt aus einem persönlichen und politischen Schicksal gewonnen, das gerade in all den Belastungen, Gefahren und erlittenen Demütigungen so bezeichnend für einen Sozialdemokraten ist, gerade weil Engagement auf das engste mit dem Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft vor allem auch im Kampf für Demokratie und gegen das menschenverachtenden Wüten des Nationalsozialismus in Deutschland und vor



allem auch bei uns hier in Erlangen verknüpft ist.

Und so hat er alle Kraft gesammelt, um zum Beispiel am 29.06. letzten Jahres mit uns zusammen am Grab von Michael Poeschke des Mannes zu gedenken, der mit ihm und Peters Schwiegervater Josef Hartmann zusammen über Bad Windsheim ins Konzentrationslager nach Dachau gebracht wurde. Es fiel ihm nicht leicht, mit seinem Gehwägelchen die weiten Wege hier am Zentralfriedhof zurückzulegen, aber er ließ es sich nicht nehmen, weil für ihn bis zuletzt der sozialdemokratische Politikauftrag unauflösbar mit den bitteren historischen Er-



fahrungen der Vergangenheit verbunden ist.

So haben wir ihn bis zuletzt erleben dürfen. Und so haben wir ihn in unser Herz geschlossen.

Peter Zink, das ist für uns das Kind der Arbeiterbewegung aus der Stubenlohnstraße, der in die sozialdemokratische Familie Hartmann hineingeheiratet hat



und dem seine Frau Erna, unsere unvergessene und ebenfalls kämpferische Genossin, bis zu ihrem allzu frühen Tod die große menschliche und politische Stütze war.

Peter Zink, das ist der Kämpfer gegen Nationalsozialismus, Krieg und Faschismus, der sich trotz der sogenannten „Schutzhaft“, trotz mehrmaliger massiver Überredungsversuche, trotz Kündigung und Berufsverbot als Redakteur beim „Erlanger Volksblatt“, trotz Schlägen und polizeilicher Überwachung nicht brechen ließ und sich standhaft weigerte, die Nazis zu unterstützen.

Und obgleich er in einem Interview später einmal bekannte, dass Erna und er während und nach der Nazi-Zeit „von Politik die Schnauze voll gehabt“ hätten, er war dann trotzdem wieder zur Stelle, als sich in der Zeit des sogenannten „Neubeginns“ dann sogar kriminelle Kräfte den Amerikanern in die Arme warfen und die tatsächlichen Nöte seiner Mitbürgerinnen und Mit-

bürger nicht die entsprechende Beachtung fanden.

Zusammen mit seinem Schwiegervater Josef Hartmann begab er sich auf die Suche nach unbelasteten Genossen und schlug diese den Amerikanern für zu besetzende Stellen vor. Hammerbacher und Poeschke wurde so an die Spitze unserer Stadt gestellt und prägten nachhaltig das Nachkriegs-Erlangen.

Und es war Peter Zink, der maßgeblich daran ging, die drückende Not der Erlanger Bevölkerung in den Nachkriegsjahren zu lindern, Tausenden von Flüchtlingen zu helfen.

Dabei scheute er sich nicht, mit Michael Poeschke nach München zu fahren, um Kleidung und Lebensmittel für die Bevölkerung zu organisieren und auch mit der US-amerikanischen Besatzungsmacht wegen der Schieber- und Schwarzmarktaktivitäten hart ins Gericht zu gehen. Seine „Hungerrede“ auf dem Erlanger Marktplatz 1946 ist ein eindrucksvolles Dokument dieser Zivilcourage.

So war es keine Überraschung als er dann 1954 erstmals in den Bayerischen Landtag gewählt wurde. Auf Anhieb holte er das Direktmandat und verteidigte es bis zu seiner letzten Legislaturperiode, die 1974 endete, immer wieder.

Es war die Zeit der Viererkoalition aus SPD, Bayernpartei Gesamtdeutschen Block und FDP unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner, als Peter sein Mandat in München antrat. Es ist hier nicht die Zeit, die politische Entwicklung dieser Jahre bis 1974 zu skizzieren, die auch eng mit den Namen von Knoeringer, Volkmar Gabert und Helmut Rothemund verknüpft ist.

Die programmatische Wende der SPD im Godesberger Programm und der Einsatz gegen die Bekenntnisschule mögen nur zwei Schlagworte sein, die die politischen Rahmenbedingungen für Peters Aktivitäten aufzeigen. - Und dass gerade in diesem schulpolitischen Zusammenhang Peter auch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch auf sich genommen hat, weil er aus der Loschgeschule zusammen mit Erna

eine Tafel entfernt, die auf die unerwünschte Raumaufteilung zwischen Bekenntnis- und Gemeinschaftsschule hinweist, ist heute eine eher erheitende Anekdote, die aber ein charakteristisches Schlaglicht auf Peters politisches Engagement wirft.

Trotz aller großen Politik: Peters ungebrochener Einsatz galt den Entwicklungen in seiner Heimatstadt. Dabei nutzte er seine guten Münchner Kontakte, gerade auch als langjähriges Mitglied im Wirtschaftsausschuss, um Zuschüsse und politische Unterstützung für Maßnahmen in Stadt und Landkreis zu sichern.

So sind eng mit seiner Arbeit verbunden

- ➔ die Bestrebungen zur Gründung einer Technischen Fakultät,
- ➔ das Institut für Arbeits- und Sozialmedizin,
- ➔ Aus- und Neubau wichtiger Universitätskliniken,
- ➔ der Bau von Studenten- und Schwesternwohnheimen,
- ➔ die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus,
- ➔ die Freigabe eines Teils des Exerzierplatzgeländes für den Neubau des Gymnasiums Fridericianum und für Sportanlagen und
- ➔ die Verlegung des Bezirkskrankenhauses nach Erlangen.

Ich will es bei diesen Beispielen bewenden lassen. Wir werden ja in einigen Tagen noch ausreichend Gelegenheit haben, das Wirken und die Erfolge Peters zu würdigen.

Zwanzig Jahre Landtagsarbeit und ein langes politisches Wirken von Peter Zink, das waren viele Jahre Einsatz für seine Stadt. Er war dabei immer wieder getragen von einem riesengroßen Vertrauen der Bevölkerung, das Vertrauen in einen bewundernswerten Mann, der nie die Fähigkeit verlor, auf die Menschen zuzugehen und ihre Anliegen zu den seinen zu machen.

Liebe Familie Zink, lieber Trauergemeinde, wenn wir auch heute endgültig Abschied nehmen müssen,

Ø wir tun dies in Dankbarkeit für einen Menschen und sein Engagement, das so vielen in dieser Stadt und weit darüber hinaus gedient hat;

## Der Kreisvorsitzende Robert Thaler sprach für die Erlanger SPD

Liebe Familie Zink, wehrte Trauergemeinde, liebe Freundinnen und Freunde !

Wir sind heute zusammengekommen um Abschied zu nehmen von Herrn Peter Zink und ihn auf seinen letzten Gang zu begleiten.

Wir nehmen Abschied von einen erfolgreichen Landespolitiker, einem bürgernahen Kommunalpolitiker, einen zielstrebigen Parteipolitiker.

Wir nehmen Abschied von dem tüchtigen und begabten Schüler dem technischen Zeichner und Ingenieur, Konstrukteur und Abteilungsleiter, dem Journalisten.

Wir nehmen Abschied von dem Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzenden, dem Sportler und Turner, aber auch dem Freund der Kultur.

Wir nehmen vor allem Abschied von dem Menschen Peter Zink, dem harmonisierenden Ehemann und gütigen Familienvater, dem verlässlichen Freund und treuen Genossen.

Über acht Jahrzehnte war Peter Zink Mitglied in der SPD und hat schon in frühen Jahren Verantwortung in der SAJ übernommen.

Seine frühe politische Überzeugung führte ihn schon bald zu einer neuen beruflichen Herausforderung als Redakteur des Erlanger Volksblattes.

Es war eine kämpferische politische Tätigkeit für die er später bitter bezahlen musste.

Die Unmenschlichkeiten und Unwägbarkeiten unter den Nazi's überstand Peter Zink in Aufrichtigkeit, mit noch mehr beruflichen Einsatz und in zusätzlicher beruflicher Qualifizierung, die zu seiner Unabkömlichkeit für seinen Arbeitgeber, der Siemens Reiniger AG führte.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wollten sich Peter Zink und seine Frau Erna nur eine kurze Zeit von der aktiven Politik zurückziehen.

Als Orientierungslosigkeit um sich zu greifen drohte, war Peter Zink der Steuermann, der das kommunale Geschehen hier vor allem die Ansiedlung von Betrieben, den Aufbau von Mitar-

beiterplätzen durch die Erlaubnis zur Fertigung für die Betriebe, wie auch das Notwendigste zum Leben( Lebensmittel, Kleidung, Heizmaterial, etc )in die richtigen Bahnen lenkte.

An der Wiederbegründung der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften, der AWO und weiterer Vereine wie dem ATSV war er maßgeblich beteiligt.

Er wurde mit der Durchführung und Wahl von Betriebsräten beauftragt und er wurde selbst für 26 Jahre zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

Er nutzte seine Vertrauensstellung bei der Militärregierung, es gelang ihm dass Michael Poeschke aus der französischen Gefangenschaft entlassen wurde und Erlangen diesen außergewöhnlichen Oberbürgermeister bekam.

Er unterstützte Michael Poeschke als Fraktionsvorsitzender im Erlanger Stadtrat und gehörte diesem Gremium 17 Jahre an.

Zwanzig Jahre arbeitete Peter Zink im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtags mit großem Erfolg.

Von 1954 bis 1974 holte er das Direktmandat, von 1954 bis 1958 unter dem SPD Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner.

Die SPD Erlange führte er von 1954 bis 1967. Nach dem er nicht wieder kandidierte, wurde er ihr Ehrenvorsitzender.

Es gelang ihm dabei, die Verbindung zwischen den verdienten Alten und den mit neuen Impulsen zu uns stoßenden Jungen herzustellen.

Und nicht zuletzt war Peter Zink auch maßgeblich an der Wahl von Dietmar Hahlweg zum Oberbürgermeister beteiligt.

Beispielgebend für seine zielstrebige und erfolgreiche Arbeit möchte ich an drei Projekte erinnern.

Zu einen an das von Peter und Erna erfolgreich initiierte Volksbegehren für die Gemeinschaftsschule, zu weiteren an seine Aktivitäten zur Gründung der

Technischen Universität und des Institutes für Arbeits- und Sozialmedizin, und zum dritten an seinen Einsatz zum Erhalt der Markgrafentheaters in seiner historischen Gestaltung, und das Schicksal wollte es, dass wir gerade dort in einen unvergessenen Festakt den



90.Geburtstag von Peter Zink feiern konnten.

Neben den vielen herausragenden Auszeichnungen 1971 Bundesverdienstkreuz 1.Klasse, 1972 Ehrenbürger der Stadt Erlangen, 1974 Ehrensenator der Friedrich Alexander Universität, hat die SPD vor Ort 1982 Peter Zink zum ersten Träger der August Bebel Uhr ernannt, die Landes SPD 1983 sein politisches Wirken mit der Verleihung der Georg von Vollmar Medaille, der höchsten Auszeichnung auf Landesebene gewürdigt.

Nun ist Peter Zink fast zehn Jahre nach dem Tod seiner geliebten Ehefrau Erna von uns gegangen.

Die SPD trauert um einen unbeugsamen Vorkämpfer für Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Die SPD wird Peter Zink ein ehrendes und verpflichtendes Gedenken bewahren – in Freundschaft !

# Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich zu unserer Kreismitgliederversammlung im Februar ein:

am  
**Donnerstag, 12. Februar 2004, 20.00 Uhr,  
Turnerbund, Spardorfer Str.**

Wir schlagen Euch als **Tagesordnung** vor:

1. **Aktuelles**
2. **Dialog der Generationen**  
(Dr. Brigitte Mugele und Florian Janik)
3. **Anträge**
4. **Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
5. **Verschiedenes**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

## Ehrungs- Kreismitgliederversammlung Dezember 2003



Walter Frank und Gerd Peters mit Robert Thaler



Alfons Winter aus dem Distrikt West erhält von Dieter Rosner die Ehrenurkunde



Antrag zum Landesparteitag der SPD Bayern von Ursula Lanig

# Die Bayern-SPD braucht einen Generalsekretär

Die KMV möge beschließen:

**Der KV Erlangen fordert den außerordentlichen Landesparteitag auf, auch in der kommenden Wahlperiode wieder die Funktion eines/einer Generalsekretär/in mit einem/einer Landespolitikerin zu besetzen.**

Vorgeschobene Argumente, wie z.B. die hohen Kosten des Fahrdienstes, akzeptieren wir nicht.

Auch im künftigen Landesvorstand sollen an hervorgehobener Position wieder Landespolitiker vertreten und für die Bevölkerung deutlich wahrnehmbar sein.

Die Einschätzung des kommissarischen Vorsitzenden Stiegler und seines zur Wahl stehenden 1. Stellvertreters Pronold, dass eine Zunahme der Akzeptanz der SPD in der Bevölkerung und damit ein besseres Abschneiden bei künftigen Wahlen vor allem von Berlin aus zu organisieren sei, geht an der Realität in Bayern vorbei. Gerade unsere mangelhafte Präsenz in weiten Bereichen (geographisch wie politisch) führt zu der Wahrnehmung, dass unsere Kompetenz bzw. die Möglichkeit der Durchsetzung oppositioneller Politik in Bayern angezweifelt wird.

Um dem gegenzusteuern ist eine äußerst wichtige Aufgabe, die zielorien-

tierte Diskussion unserer Positionen im Inneren zu organisieren und klar nach außen zu kommunizieren – ureigenste Aufgaben eines/r Generalsekretärs/in.

Dazu ist aber die Einbindung in die Bevölkerung, die Kenntnis der Probleme vor Ort und der örtlichen Entscheidungsstrukturen von größter Bedeutung.

Wir müssen in den Kommunen und im Land wieder erkennbarer, kompetenter und verlässlicher werden, wenn Bayern nicht endgültig zum Erbhof der CSU werden soll. Landespolitik gegen Bundespolitik auszuspielen ist hier wenig zielführend, die letzten Landtagswahlen haben dies zur Genüge bewiesen.

Eine Führung, die in jüngster Vergangenheit jeweils eher unglücklich aus der SPD-Landesgruppe im Bund heraus agierte, dürfte dem Wiedererstarben der Bayern-SPD wohl kaum förderlich sein.

will ich: [www.sparkasse-erlangen.de](http://www.sparkasse-erlangen.de)

175 Jahre Sparkasse Erlangen - unser Jubiläum zahlt sich für Sie aus. Für Ihr Vertrauen sagen wir Dankeschön mit attraktiven Angeboten. Jubeln Sie mit!

175 Jahre  
Sparkasse Erlangen

Unser Dankeschön:  
attraktive Angebote  
zum Jubeln!

175 Jahre  Dankeschön!  
SPARKASSE ERLANGEN

## Arbeitskreis Parteireform der SPD Erlangen

# Konzept für eine Parteireform in Erlangen

Antrag an die Jahreshauptversammlung des SPD-Kreisverbands Erlangen am 18.03.2004

### 1. Warum Parteireform?

Die Arbeitsweise der Erlanger SPD ist nach der Einschätzung vieler Mitglieder nicht unbedingt zufrieden stellend. Deshalb wurde auf der Jahreshauptversammlung im Januar 2003 auf Antrag des Distrikts West die Einrichtung eines Arbeitskreises Parteireform beschlossen.

Im Blickpunkt stehen insbesondere folgende Aspekte:

- Die unbefriedigende Rolle der KMV als Gremium der politischen Willensbildung,
- das uneffiziente Nebeneinander von GKV, KV und KMV
- die Rolle der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften in der Arbeit des Kreisverbands sowie
- dass es nicht gelingt, breite Teile der Mitgliedschaft aber auch interessierte Nichtmitglieder hinreichend in den politischen Willensbildungsprozess einzubinden.

Über die Ursachen hierfür kann man sicher lange diskutieren. Dies soll an dieser Stelle nicht geschehen.

### 2. Organisatorisches Gefüge: Zum Verhältnis von GKV, KV, KMV, Distrikten, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen

Die funktionale Arbeitsteilung zwischen GKV, KV und KMV ist unbefriedigend; mehrfache parallele Diskussion ist immer wieder anzutreffen. GKV und KV sind tendenziell zu groß und beanspruchen sehr viel zeitliche Kapazität von politisch aktiven Mitgliedern. Der Ertrag der politischen Arbeit in diesen Gremien steht in keinem guten Verhältnis zum investierten Aufwand. Daher wird vorgeschlagen:

- a) dem GKV gehören nur solche Vorstandsmitglieder an, die unmittelbar Verantwortung für das Alltagsgeschäft und die politische Außenrepräsentanz tragen. Das sind der/die Vorsitzende, seine beiden StellvertreterInnen, der/die FinanzreferentIn, der/die ReferentIn für Öffentlichkeitsarbeit/

Schriftführung und der oder die OrganisationsreferentIn; (es gibt Überlegungen, künftig zwei Personen für das Organisationsreferat zu wählen, um insbesondere in Wahlkämpfen die Arbeitsbelastung nicht zu groß werden zu lassen).

b) die bisherigen ReferentInnen im GKV werden zu Mitgliedern des Kreisvorstands. Von den Referaten fällt das für Kommunalpolitik B (Fraktion) weg (dafür bleibt die oder der Fraktionsvorsitzende Mitglied des Kreisvorstands); die Referate für Schriftführung, Dokumentation und Beschlusskontrolle und für Pressearbeit können mit der gleichen Person besetzt werden.. Um die Kommunikation zwischen Fraktion und Partei sicherzustellen, soll die/der kommunalpolitische ReferentIn im Kreisvorstand so oft wie möglich an den Sitzungen der Fraktion teilnehmen

c) der KV wird deutlich verkleinert; Doppelvertretungen aus Gleichstellungsgründen entfallen. Das Ziel der Gleichstellung wird erreicht, indem jeweils 2 Distrikte bzw. zwei Arbeitsgemeinschaften (mit Ausnahme der AsF, die naturgemäß eine Frau entsendet) durch Kreisvorstandsbeschluss (nach Anhörung der Distrikte) zusammengefasst werden und diese sich untereinander einigen müssen, wer einen Mann und wer eine Frau vorschlägt. Die Distrikte und AGs wählen für ihre KV-Vertretung jeweils eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter des gleichen Geschlechts. Qua Amt gehören dem Kreisvorstand die Abgeordneten in Bundestag, Landtag und Bezirkstag, der oder die OberbürgermeisterIn (jeweils wenn sie SPD-Mitglied sind) und die oder der Fraktionsvorsitzende an. Alle weiteren bisherigen Mitgliedschaften qua Amt werden in Mitgliedschaften ohne Stimmrecht aber mit Rederecht usw. umgewandelt, um die Größe des Kreisvorstandes weiter zu reduzieren und die Beschlussfähigkeit zu sichern. Das Stimmrecht des bzw. der Fraktionsvorsitzenden kann, wenn dieseR verhindert ist, durch den/die 1. stellvertretendeN FraktionsvorsitzendeN

wahrgenommen werden. Ist auch dieser verhindert, kann ein anderes Mitglied des Fraktionsvorstands ohne Stimmrecht an der Kreisvorstandssitzung teilnehmen.

d) Die Beratung politischer Anträge und die Diskussion politischer Themen ist grundsätzlich Aufgabe der KMV. Eine Beratung im Kreisvorstand ist nur bei unabweisbar notwendigen nicht aufschiebbaren Stellungnahmen zu aktuellen Themen möglich.

e) Auf Kreisverbandsebene sind Distriktsangelegenheiten grundsätzlich im Kreisvorstand zu beraten. Das gleiche gilt für die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise des Kreisverbands; Arbeitskreise können nach 3 Monaten kontinuierlicher Arbeit künftig eine Vertreterin oder einen Vertreter beratend in den Kreisvorstand entsenden. Das Vorschlagsrecht für die VertreterInnen der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften liegt weiterhin ausschließlich bei diesen.

f) Die Arbeitskonzepte der FachreferentInnen werden im KV beraten und beschlossen.

g) In der KMV findet die politische Willensbildung der Partei statt. Die Anträge sind - außer bei unabweisbar aktuellen, nicht vorhersehbaren Anlässen - vorher im Monatsspiegel zu veröffentlichen. Initiativanträge sollten möglichst frühzeitig im Parteibüro eingereicht und von dort an die Mitglieder per e-Mail weitergeleitet werden, um dies schon vor der KMV über das Vorliegen eines dringlichen Antrags zu informieren. Die Information kann auch in einer Pressemitteilung an nicht per e-Mail erreichbare Mitglieder weitergegeben werden, die den Antrag dann im Parteibüro abholen können. Die KMV findet in der Regel gegen Monatsende statt, damit Arbeitsgemeinschaften, Distrikte und Arbeitskreise die Möglichkeit haben, bei ihren monatlichen Sitzungen die Anträge vor zu beraten. Die Themen der Kreismitgliederversammlungen sollten schon ein bis zwei Monate vorher im Monatsspiegel veröffentlicht

werden, um die Vorbereitung von Anträgen o.ä. zu erleichtern. Von den angekündigten Themen kann aus aktuellem Anlass abgewichen werden. Ist im Vorfeld erkennbar, dass ein anderes Thema als angekündigt behandelt wird, so muss versucht werden, per e-Mail oder Pressemitteilung möglichst viele Mitglieder von der Änderung zu informieren.

h) Vor Beschlüssen der KMV oder des Kreisvorstands, die größere Auswirkungen auf einen Distrikt oder mehrere Distrikte haben, muss den Versammlungen der betroffenen Distrikte vorher genügend Zeit für eine Diskussion eingeräumt werden.

### 3. Innerparteiliche Kommunikation: Berichte in Veranstaltungen, Monatsspiegel, Newsletter

a) Berichte von Veranstaltungen, Parteitagungen u.ä. erfolgen grundsätzlich im Monatsspiegel, nicht mündlich auf der KMV, Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften im Kreisvorstand. Aktuelle Berichte werden schriftlich auf der KMV ausgelegt. Durch diese Regelungen soll die Kreismitgliederversammlung entlastet und so mehr Zeit für Diskussionen zu inhaltlichen Themen geschaffen werden; selbstverständlich sind Nachfragen zu den Berichten weiterhin auf der KMV möglich.

b) Zur Verbesserung des Informationsaustausches und der Erleichterung von Arbeitsprozessen bei der aktuellen politischen Arbeit der Partei und ihres externen Umfeldes wird ein „SPD-Erlangen-Newsletter“ gegründet, zunächst probenhalber als moderierter Mailverteiler (d.h. jeder kann e-Mails über den Verteiler schicken; bevor sie aber allen zugestellt werden, müssen sie von ModeratorInnen genehmigt werden), wobei als ModeratorInnen die/der GeschäftsführerIn, der/die MonatsspiegelreferentIn und der/die PressereferentIn fungieren, In Zweifelsfällen, ob bestimmte Informationen hineingehören, entscheiden diese drei VertreterInnen gemeinsam. Informationsselektion unter politischen Gesichtspunkten – es sei denn, es ist parteischädlich oder beleidigend – ist nicht zulässig. Sollte der moderierte Mailverteiler nicht funktionieren (wegen zu vieler unwichtiger Informationen, zu vieler großer Dateien, Inaktivität oder anderem) ist die Um-

wandlung in einen Newsletter denkbar (d.h. alle eingehenden Informationen werden von einer zentralen Stelle gebündelt und in einer Mail über den Verteiler gesandt). Parteimitglieder und an der Parteiarbeit Interessierte können BezieherInnen dieses Newsletter werden. Zwecks Vermeidung von Informationsungleichgewichten ist im Monatsspiegel in Form von Kurzmeldungen auf ausgewählte Veröffentlichungen im Newsletter zu verweisen. Für Interessierte ohne Mailzugang sind über Distrikte, Arbeitsgemeinschaften usw. Informationspartnerschaften zu organisieren.

### 4. Grundprinzipien des Miteinanders, Stilfragen

Ein Gutteil der Ineffizienz der Parteiarbeit und der Unzufriedenheit mit ihr resultiert daraus, dass im Miteinander zu wenig auf einen motivierenden Umgang geachtet wird. Auf eine zentrale Rolle von Versammlungsleitungen insbesondere in der KMV (aber auch im KV, in den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften) wird in Punkt 5a) verwiesen.

Richtschnur sollte sein, dass

- jede(r) in ihrem(seinem) Engagement und ihren (seinen) Einschätzungen ernst genommen wird (Leitbild: mündige Parteimitglieder);
- alle in gleicher Weise ihre Meinung in die Diskussion einbringen können und dass dabei das Gebot der Fairness in jedem Fall beachtet wird;
- ein Engagement für die Partei zwar vom Vorstand initiiert und gesteuert sein kann, genauso gut aber auch von einzelnen oder mehreren Mitgliedern oder SympathisantInnen ausgehen kann. Letzteres sollte aktiv gefördert werden, wobei hierüber im Interesse der Transparenz der Vorstand bzw. die Geschäftsstelle informiert werden sollte. Von verantwortlichem Verhalten als Regelfall ist auszugehen.

### 5. Die KMV als Zentrum der politischen Willensbildung der Erlanger SPD

Politische Diskussion und Beschlussfassung findet in der KMV statt. Folgende Spielregeln gelten für die Durchführung der KMV:

c) Voraussetzung für die Durchführung einer KMV ist eine qualifizierte Versammlungsleitung. Referate sollten zeitlich strikt begrenzt sein, möglichst sind die ausführlichen Referate mit der Einladung zur KMV zu veröffentlichen. Ein Referat sollte zwischen 15 und maximal 30 Minuten dauern. Es sollte eingebettet sein in einen Zeitplan für die ganze Veranstaltung. Genügend Diskussionszeit sollte immer eingeplant sein (Faustregel: ein Drittel Referat, zwei Drittel Diskussionszeit). Diskussionsbeiträge sollten nicht länger als drei Minuten sein. Der Versammlungsleiter/die Versammlungsleiterin ist diesbezüglich gefordert. Seitens der Versammlungsleitung sollten störende Zwiesgespräche von NachbarInnen ebenso wie unqualifizierte Zwischenrufe unterbunden werden. Die Beratung und Abstimmung von Anträgen muss in der Regel bis 22:30 Uhr beendet sein.

d) Grundsätzlich findet die KMV regelmäßig am selben Ort, dem Parteistammlokal statt, es sei denn es sprechen besondere Gründe für ein Abweichen von dieser Regel oder es wird ein Thema behandelt, das einen Stadtteil besonders betrifft (dann sollte die KMV in diesem Stadtteil stattfinden). In der Regel sollte die KMV monatlich stattfinden. Mitgliederversammlungen können auch als öffentliche Veranstaltungen zu besonders interessierenden Themen abgehalten werden.

e) Beschlüsse der KMV werden protokolliert und im Monatsspiegel veröffentlicht. Die Berichterstattung über Auswirkungen bzw. die Erledigung der Beschlüsse erfolgen grundsätzlich schriftlich im Monatsspiegel.

### 6. Projektgruppen, Arbeitskreise

Im bisherigen Arbeitsprozess gibt es kein Organisationsmodell für eine effektive Behandlung/Bearbeitung aktueller Themen.

Arbeitskreise bearbeiten in der Regel ein Themenfeld langfristig. Regelmäßige Sitzungen sind dabei mehr oder weniger üblich, kontinuierliche Arbeit über mehrere Monate oder Jahre wird in der Regel vorausgesetzt, um Diskussionen in den Arbeitskreisen führen zu können. Diese Arbeitskreise wird es auch in Zukunft geben.

Daneben sollen vermehrt sogenannte Projektgruppen eingerichtet werden. Diese arbeiten befristet an einem relativ eng begrenzten Thema (z.B. Alternativen zur Kosbacher Brücke; Schaffung von Ganztagschulen in Erlangen), um eine Positionierung der Erlanger SPD hierzu zu erreichen; Projektgruppen sind in der Regel – im Gegensatz zu den Arbeitskreisen – ziel- und nicht themenorientiert. Vor allem Projektgruppen, aber auch Arbeitskreise sollen vermehrt auch Nichtmitgliedern die Mitarbeit ermöglichen.

### 7. Nichtmitglieder/Sympathisanten

Politische Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, auch Nichtmitglieder in die Parteiarbeit generell oder auch nur partiell zu einzelnen Themen einzubinden. Auf diese BürgerInnen sollte aktiv zugegangen werden. Sie sind in der Parteiarbeit intensiv einzubeziehen; dazu gehört auch die Einbindung in Informationsprozesse (Newsletter, Monatsspiegel, Einladungsverteiler).

### 8. (Neue) Mitglieder

Neue Mitglieder sind intensiv zu betreuen, bei ihrer Integration sind sie aktiv zu unterstützen (Mentoring). Viel zu viele neue Mitglieder können ihr eigentlich bestehendes Engagement nicht realisieren, weil sie die Parteiirrituale nicht durchschauen. Oft resignieren sie und verlassen die Partei wieder nach relativ kurzer Zeit.

Neben der politischen Arbeit haben viele Mitglieder auch ein Interesse an einem „gesellschaftlichen“ Parteileben. Daher sollte über die Einführung eines Parteistammtisches o.ä. nachgedacht werden.

---

Zu diesem Antrag gibt es ein 8-seitiges Änderungspaket, das sich jeder über den Arbeitskreis oder das Parteibüro besorgen kann. (Anm. d. Red.)

---

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 22.1.2004

## Resolution zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums

**Der Kreisverband Erlangen lehnt die zum Schuljahr 2004/05 geplante flächen-deckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) in Bayern ab.**

**Ohne die Bildungsinhalte zu definieren und die Ziele gymnasialer Bildung zu benennen, haben Staatsregierung und Kultusministerium die vollkommen überstürzte Einführung des G8 beschlossen und die Diskussion mit Lehrern, Eltern und Schülern einseitig für beendet erklärt.**

Damit bricht die CSU-Regierung sämtliche Wahlversprechen zur Landtagswahl im vergangenen Herbst, nimmt keine Stellung zu Erfahrungen einiger Modellversuche in Bayern, entscheidet über die Köpfe aller Betroffenen hinweg und stürzt das Schulwesen in Bayern in eine tiefe Vertrauenskrise.

Bisher wurden keinerlei inhaltlich und strukturell vernünftige und zuverlässige Planungen vorgelegt. Auch über den, durch verstärkten Nachmittagsunterricht notwendigen, Bedarf an LehrerInnen und erzieherischem Personal, Räumen, Infrastruktur an den Schulen usw. gibt es noch keinerlei belastbaren Aussagen.

Die Frage der Finanzierung dieser Maßnahmen ist noch nicht ansatzweise erörtert.

Durch Unterlassung der Antworten auf diese Fragen wird nur eines deutlich: das „Erziehungs- und Bildungsziel“ der CSU-Regierung sind schnellstmöglich mit dem, von der Wirtschaft nachgefragten, Wissen vollgepfropfte Schüler – auf Charakterbildung, kreative Entwicklung und ethische Grundhaltungen wird offensichtlich kein Wert gelegt. Wahlunterricht, musische Bildung, außerunterrichtliche Aktivitäten und die, vom Kultusministerium selbst in den letzten Jahren geforderte, innere Schulentwicklung und Profilierung spielen keine Rolle mehr.

**Wir fordern statt der überstürzten Einführung der G8 eine grundlegende Reform des bayerischen Schulsystems.**

In die Debatte, wie diese ausgestaltet werden soll, sind alle Betroffenen – insbesondere SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern – einzubeziehen.

Bei der Reformdebatte ist das gesamte Schulsystem – von der Grundschule bis zur Universität – zu betrachten. Auch die grundlegenden Strukturen des Bildungssystems müssen dabei in Frage gestellt werden.

Ziel einer Reform muss es sein, eine hervorragende Bildung für alle zu erreichen.

Zu diesem Ziel gehört für uns, dass in den Schulen künftig neben der Wissensvermittlung genug Raum bleibt für kreative, sportliche und musische Aktivitäten, damit eine umfassende Persönlichkeitsbildung erfolgen kann.

Dafür müssen die Schulen der Zukunft Ganztagschulen sein. Die Kosten dafür sind vom Freistaat Bayern zu tragen.

### Impressum

#### Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen  
Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

#### Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter  
Baumschulenweg 11,  
91058 Erlangen  
Tel.:09131303090  
e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

**Mitarbeit:** Lars Thomsen

#### Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

#### Auflage:

800 Stück





Vorsitzender:  
Harald Walter Tel.: 38611

## Anger

Die Anger-SPD lädt herzlich ein zu ihrer Distriktsversammlung am:

**17. Februar 2004 um  
19.00 Uhr  
Gaststätte „Zum Anger-  
wirt“,  
Guhmannstr. 10**

Zum Thema:

**„Situation von Demenzerkrankten und ihren Angehörigen in Erlangen“**

haben wir als Referentin Frau Stadträtin Jutta Helm, Mitglied im Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt eingeladen.

Neben der aktuellen Situation von Alzheimerpatienten in Erlangen soll über Pläne diskutiert werden, in Erlangen eine Einrichtung mit beschützenden Plätzen neu zu errichten. Gerade in der Gesundheits- und Medizinstadt Erlangen ist es wichtig in diesem Bereich Wege für die Zukunft aufzuzeigen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen.

Harald Walter

## Bruck



Vorsitzender:  
Wolfgang Peter Tel.: 303090  
eMail: bruck@spd-erlangen.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktversammlung (Jahreshauptversammlung) ist

**am Dienstag, den 10.  
Februar 2004 um 20.00  
Uhr  
FSV, Tennenloherstr.**

Tagesordnung:

1. Aktuelles:
2. Bericht aus Kreisvorstand und Fraktion
3. Rechenschaftsbericht des Vorstandes
4. Bericht der Kassenwartin

### 5. Jahresplanung

### 6. Meinungsbildung des Distrikts über die Änderungsvorschläge des AK Pateireform

für den Vorstand

Wolfgang Peter

Der übernächste Krieg wird nur noch mit Pfeil und Bogen entschieden

Abert Einstein

## Eltersdorf



Vorsitzender:  
Manfred Jelden Tel: 601333

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unser nächstes Distrikttreffen ist am  
**Dienstag, den 17. Februar  
um 20 Uhr  
im Schützenhaus Elters-  
dorf**

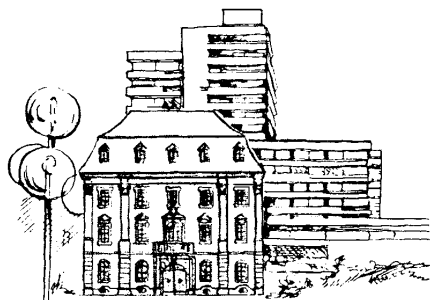
Tagesordnung:

**wird aktuell beschlossen**

Für den Vorstand

Manfred Jelden





Vorsitzender:

Benedikt Berninger  
e-Mail: bene@freemail.it

Liebe Genossinnen und Genossen,  
am

**Dienstag, 17. Februar  
2004 um 20.00 Uhr in der  
Gaststätte  
Mohrenkopf, Schiffstraße**

findet unsere diesjährige

**Jahreshauptversammlung** mit Neu-  
wahlen

statt.

## Innenstadt

### vorläufige Tagesordnung:

- 1) **Wahl einer Versammlungsleitung**
- 2) **Rechenschaftsbericht, Kassenbericht**
- 3) **Aussprache**
- 4) **Entlastung des bisherigen Vorstands**
- 5) **Wahl einer Wahlkommission**
- 6) **Neuwahlen des Vorstands**
  - a – der/ des neuen Vorsitzenden
  - b – der Stellvertreterin und des Stellvertreters
  - c – der Kassierin oder des Kassiers

8) **Neuwahlen der und des Delegierten im Kreisvorstand**

9) **Anträge, Verschiedenes**

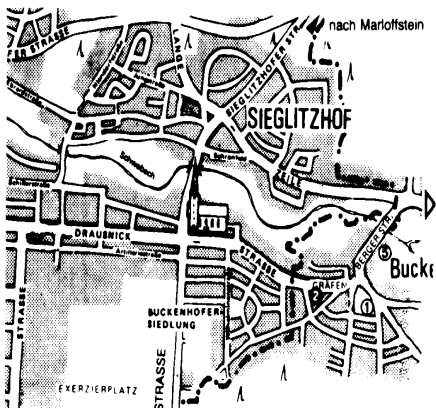
10) **Schlusswort der oder des Vorsitzenden**

Die März Sitzung wird am Dienstag, 16. März um 20.00 Uhr stattfinden. Der Ort wird noch festgelegt.

Wir bitten Euch um rege Teilnahme an der JHV

Viele Grüße, Benedikt Berninger

## Ost



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531

e-mail: djangokraft@web.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737

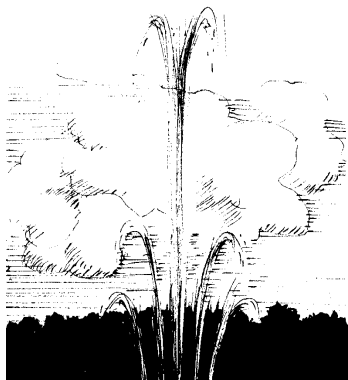
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer  
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den  
19.02.2004, 20.00 Uhr  
AW-Ost  
Drausnickstr.**

Jochen Kraft

## Süd



Vorsitzender:  
Günter Laurer

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere nächsten Distriktsitzungen sind  
am

**Mittwoch, 11. Februar  
2004, 20 Uhr, Gaststätte  
Röthelheim,  
Thema „Arcaden“**

und am

**Mittwoch, 10. März 2004,  
20 Uhr, Gaststätte  
Röthelheim,  
Thema  
„Röthelheimpark“**

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere **neue Homepage** ist fast fertig. Was jetzt noch fehlt sind die Inhalte von euch, den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften.

Benennt bitte aus jedem Distrikt und jeder Arbeitsgemeinschaft eine Beauftragte oder einen Beauftragten, der sich um die "Wartung" der Homepage kümmert. Benötigt wird nur ein internetfähiger PC und einfache Textverarbeitungskenntnisse. Meldet euch bitte bei mir, für die erste Einweisung (Dauer ca. eine Stunde).

Sollte sich bei euch niemand finden, der diese Aufgabe übernehmen kann, dann ist das auch kein Pro-

blem. Es haben sich genug GenossInnen bereiterklärt die Wartung für einen weiteren Distrikt zu übernehmen. Aber auch dann solltet ihr mir das schnell mitteilen, damit die neue Seite so schnell wie möglich online gehen kann.

mit solidarischen Grüßen

Florian Janik

Referent für Schulung und Arbeitskreise

Mail: Florian.Janik@gmx.de

Telefon: 59099



## Tennenlohe

### 5. Entlastungen

### 6. Wahlen

### 7. Perspektiven unserer Arbeit 2001/ 2002

### 8. Verschiedenes.

Bitte vormerken: weitere Distriktsversammlungen am 16.3., 6.4.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

### Bericht von der Distriktversammlung am 13.01.04

#### 1. Aktuelles

Unsere Homepage wird noch im Januar überarbeitet werden innerhalb der neuen Homepage-Gesamtkonzeption der Erlanger SPD. Die Einweisung durch Florian Janik erfolgte bereits.

#### 2. Berichte

Alfred berichtete von der KV (Homepage, Auseinandersetzung um EU-Verfassung, Europawahl-Auftakt)

#### 3. Schaukasten

Wir erwarten einen Bericht über die Rückmeldung der einzelnen Vereine nach der Umfrage von Hans. Die Kosten für den neuen Einzelschaukasten werden wir mit kreativen Einfällen finanzieren müssen.

### 4. Geplante Veranstaltung

Für unsere bereits im Herbst beschlossene Veranstaltung über die Zukunft der Bundeswehr im europäischen Rahmen in Zusammenhang mit dem Europa-Wahlkampf laufen die ersten Anfragen. Die derzeitige Entwicklung scheint uns fast zu überholen.

5. Referat: Wie funktioniert der Kapitalismus in der heutigen Zeit oder: Was ist Geld?

Gert Büttner hat sich schon länger mit dem angegebenen Thema beschäftigt und informierte uns in einem sehr interessanten Vortrag mit Folienunterstützung (OHP des Kreisverbandes!) über Wesen und Bedeutung des Geldes. Fazit seiner sehr lehrreichen und genauen Darlegungen: Der Verschuldung der öffentlichen Haushalte steht ein sehr großes Vermögen der Privatleute gegenüber (5,6 Bio Euro). Dem müsste mit einer Vermögenssteuer begegnet werden Da Geld immer Macht bedeutet, müsste sich der Staat von der Bedrohung durch die Gläubiger befreien. Oder: der Staat soll keine Schulden machen, sondern Geld. (auf welchem Weg auch immer)

Zur Mär vom bedrohten Wachstum: Da das Wachstum linear ansteigt und nicht exponentiell, muss die etwa gleichbleibende jährliche Zunahme prozentual immer geringer werden, was kein Grund zur Aufregung ist.

Rolf Schowalter



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924  
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

## Jahreshauptversammlung am Dienstag, 10.02.2004, 20.00Uhr Schloßgaststätte

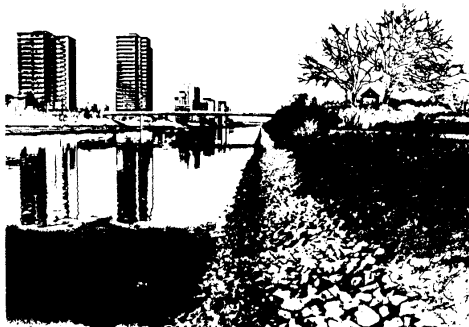
Tagesordnung:

1. Aktuelles.

2. Berichte.

3. Kassenbericht

4. Rechenschaftsbericht des Vorstandes



Vorsitzender:  
Philipp Dees Tel.: 483791  
e-mail: philipp.dees@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
in den nächsten Wochen wird sich im Stadtrat entscheiden, ob und in welcher Form die Erlanger Arcaden auf dem Post-/Gossen-Gelände gebaut werden. Dazu muss sich auch die SPD positionieren. Deshalb werden im Mittelpunkt der nächsten **Distriktsversammlung** die aktuellen Planungen und Entwicklungen beim Arcaden-Projekt stehen. Die Versammlung findet am

**Dienstag, 10. Februar um 20 Uhr beim BSC Erlangen, Schallershofer Straße 70a**

statt. Als Tagesordnung schlage ich euch vor:

1. **Aktuelles**
2. **Berichte aus Stadtrat, Ortsbeirat und Kreisvorstand**
3. **Aktuelle Entwicklungen bei den Erlanger Arcaden**

**Vorstellung durch Robert Thaler und Diskussion**

4. **Anträge**
5. **Verschiedenes**

Ich möchte euch auch jetzt schon hinweisen auf die **Jahreshauptversammlung des Distrikts mit Neuwahlen am Donnerstag, 11. März um 20 Uhr** im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein), Dorfstraße 14. Für diese Veranstaltung gilt als vorgeschlagene Tagesordnung:

## West

1. **Aktuelles und Berichte**
2. **Wahl einer Versammlungsleitung**
3. **Rechenschaftsberichte**
  - a) **des Vorstandes**
  - b) **Finanzbericht**
  - c) **der Revisoren**
- jeweils mit Diskussion**
4. **Wahlen**
  - a) **einer Wahlkommission**
  - b) **des/der Vorsitzenden**
  - c) **des/der stellvertretenden Vorsitzenden**
  - d) **der Referentinnen und Referenten**
  - e) **der weiteren Vorstandsmitglieder**
  - f) **der RevisorInnen**
  - g) **der Vertreterin und des Vertreters im SPD-Kreisvorstand**
5. **Anträge und Verschiedenes**

Bei dieser Jahreshauptversammlung werde ich nicht wieder als Vorsitzender kandidieren. Wer von euch sich für eine Mitarbeit im Vorstand (auch als Vorsitzender) interessiert, kann sich gerne bei mir oder auch bei einem anderen Vorstandsmitglied melden.

Mit solidarischen Grüßen

Philipp Dees

### Protokoll der Distriktsversammlung vom 13.01.04

#### 1. Aktuelles

· Peter Zink, ehemaliger Landtagsabgeordneter, Ehrenbürger der Stadt Erlangen und Ehrenvorsitzender der Erlanger SPD ist verstorben.

#### 2. Berichte

Aus dem Kreisvorstand

· Es gab einen Bericht zu den Personalentscheidungen im Landesverband

· Ein Zuschuss des Kreisverbands zum Westboten ist wahrscheinlich

Aus dem Ortsbeirat

· Die Beleuchtung für die Mönaustraße zwischen Ortsausgang Büchenbach und Ortseingang Kosbach wird nun offensichtlich installiert (nicht durch die BürgerInnen, sondern von der Stadt)

· Mit dem fehlenden Teilstück des Radwegs zwischen Steudach und Büchenbach wird sich auf Initiative von Ingrid Kiesewetter die Stadt nochmals beschäftigen

#### 3. Aktuelle Entwicklung in der Kommunalpolitik

· Ingrid Kiesewetter stellt die Schwerpunkte vor, die den Stadtrat in den nächsten Monaten beschäftigen werden. Dazu gehören die Arcaden, die Planungen für den Kosbacher Damm und die bevorstehenden Kürzungen im Busverkehr.

· Willi fordert dazu auf, dass die Partei in die inhaltliche Offensive gehen müsse. Als Themen dafür nennt er:

- Die Arcaden und die Entwicklung Erlangens als Einkaufsstadt

- Die Verkehrssituation in Erlangen und die notwendigen Straßensanierungen

- Sauberkeit und Grün in Erlangen

- Die Entwicklung des Museumswinkels

- Das Verhältnis zwischen Stadt und Universität

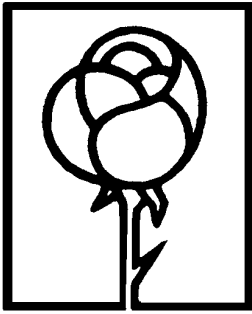
· Mehrfach wurde geäußert, dass Partei und Fraktion eine bessere Öffentlichkeitsarbeit gerade an MultiplikatorInnen brauche (Wiederbelebung von „Wir in Erlangen“?).

· Ebenfalls geäußert wurde, dass man Wahlkämpfe nur durch langjährige Arbeit gewinne und diese nun beginnen müsse – auch in der inhaltlichen Diskussion in der Partei.

· Andreas Wägner wird sich in den nächsten Monaten bemühen, junge Leute für die SPD zu werben.

Philipp Dees

ASF



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114  
 Birgit Hartwig Tel.: 55939  
 Gunda Gerstenmeyer Tel.: 66501  
 Hildegard Gröger Tel.: 502415  
 Julie Mildenberger Tel.: 23435

## Vorankündigung **Frauenempfang**

Der Frauenempfang des SPD-Unterbezirks aus Anlass des Internationalen Frauentages findet am

**Sonntag, 14.3.2004, von  
 11 - 13 Uhr statt.**

Veranstaltungsort und weitere Einzelheiten werden im nächsten Monatsspiegel bekannt gegeben.

Im Auftrag des UB-Vorstands

Heide Mattischeck  
 Hildegard Gröger

# Rechenschaftsbericht 2003

## ■ Inhaltliche Schwerpunkte:

→ Folgen der "Reform" - Politik für Frauen (Hartz, Agenda 2010, Gesundheitsreform)

auch weiterhin: Kritik an und Protest gegen diese Politik

→ Gender Mainstreaming

Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich intensiv mit GM (u.a. Artikel im MS, Veranstaltung mit Jusos, gute Zusammenarbeit mit der Fraktion

Wichtig: GM ersetzt weder die klassischen Instrumente der Frauenförderung noch die vorhandenen Institutionen der Frauenarbeit

→ AK Parteireform:

Neben der allgemeinen Mitarbeit am Konzept des AK lag ein besonderes Augenmerk auf der formalen Absicherung der Quote

## Europakandidatur:

AsF ER hat Kandidatur von Lissy Gröner unterstützt.

Zu kritisieren war das Verhalten einiger GenossInnen bei den Europaparteitagen auf UB- und Bezirksebene (Verstoß gegen vorhergehenden KMV-Beschluss; Gefährdung des Gleichgewichts zwischen ER und ERH)

## ■ Organisatorische Arbeit:

→ Zu themenbezogenen Sitzungen mit Referentin wurden - mit sehr erfreulicher Resonanz - immer auch andere Frauenorganisationen eingeladen. (Diese Veranstaltungen fanden immer außerhalb des ABH statt.)

→ Nicht zufriedenstellend war die öffentliche Präsenz: Pressearbeit war nicht vorhanden, Infos im Monatsspiegel waren nicht immer vollständig und rechtzeitig.

## ■ Besonderes Problem:

Weiterhin ist die Beteiligung von genügend Frauen an der Parteiarbeit ein Problem.

Fehlende Motivation und Unterstützung sowie Unattraktivität der Parteiarbeit könnten Gründe dafür sein. Die Lösung dieses Problems bleibt eine Aufgabe der gesamten SPD.

AsF-Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich Gunda Gerstenmeyer Hildegard Gröger

Birgit Hartwig Julie Mildenberger



Vorsitzende:

Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen,

unser nächstes Treffen von 60 plus findet am

**5.2.2004 statt.**

**Ort: August-Bebel-Haus**

**Zeit: 17 Uhr**

Thema: Besprechung der Anträge für die von uns mitgestaltete KMV im Februar

## "Dialog der Generationen"

Diese Anträge (Auswirkungen der Gesundheitsreform, Änderung der Pflegestufen usw.) wollen wir in enger Abstimmung mit dem gesundheitspolitischen Arbeitskreis erstellen.

Bei unserer Sitzung am 13.1.04 wurde Helmut Aichele einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden von 60 plus ER gewählt und Karl Ziegenthaler als Beisitzer. Beide nahmen die Wahl an. Weiter wurden unsere Personalvorschläge für die UB-Konferenz von 60plus diskutiert und abgestimmt.

Bitte kommt recht zahlreich zum nächsten Treffen, damit wir die Anträge intensiv diskutieren können.

Eure Brigitte.

Wer heute versucht, etwas Bewahrenswertes zu bewahren, der muss schon fast ein Revolutionär sein.

Erhard Epler

## Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,

aufgrund des Beschlusses der Kreismitgliederversammlung im November hat die Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik jetzt ihre Arbeit aufgenommen.

Auf der Grundlage der einschlägigen Fakten wollen wir in den nächsten Monaten den Themenkomplex möglichst umfassend bearbeiten.

Die Projektgruppe trifft sich monatlich und wir freuen uns sehr über weitere TeilnehmerInnen.

Ziel ist es, bereits eine Woche vor der Sitzung ein Thesenpapier und Hintergrundmaterial allen Interessierten zukommen zu lassen. Wenn ihr dieses Material per E-Mail bekommen wollt, schickt mir einfach eine kurze Mail

(Florian.Janik@gmx.de). Ansonsten wird das Material auch rechtzeitig vorher im Parteibüro zu bekommen sein.

Die nächsten Termine:

**Mittwoch, 18.2.2004, 20.30 Uhr im Mohrenkopf (Schiffstraße), Nebenzimmer**

**Thema: Struktur und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit**

**(Gerd Peters)**

Mittwoch, 24.3.2004, 20 Uhr im Mohrenkopf (Schiffstraße), Nebenzimmer

Thema: Europäische Integration und Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik (Dieter Rosner und Helmut Aichele)

weitere Termine zum vormerken (jeweils 20 Uhr): 21.4., 12.5., 16.6., 14.7.

Florian Janik

Referent für Schulung und Arbeitskreise

## Linkes Forum Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen.

bei unserem letzten Treffen hat Horst Schmidbauer, MdB über den Bundesparteitag berichtet hat und wir haben über unsere Einschätzung dieses Parteitags für die Politik der Bundesregierung diskutiert.

Wie vereinbart, vertiefen wir bei unserem nächsten Treffen, nach einem kurzen Impulsreferat, die Diskussion über linke Perspektiven in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

**Freitag, 20. Februar 2004, 20 Uhr  
Gaststätte Mohrenkopf (Schiffstraße), Nebenzimmer**

mit solidarischen Grüßen

Hildegard Gröger

Florian Janik

## Arbeitskreis Gesundheitspolitik

Nächster Termin:

**Mittwoch, 05.02.2004  
19.00 Uhr**

**Mohrenkopf, Schiffstraße 6**

Themen: u.a.

**Auswirkungen der Gesundheitsreform**

- **Aus Sicht der niedergelassenen Ärzte**

- **Aus Sicht der Krankenhäuser und Pflegeheime**
- **Aus Sicht der Zahnärzte**
- **Aus Sicht der Patienten – finanzielle und soziale Auswirkungen insbesondere auf Einkommensschwache**
- **Erforderliche Strukturreformen**

Für den AK: Hans Wachter

## 5 Jahre Sozialliberaler Erlanger Kreis

Der Sozialliberale Erlanger Kreis feiert sein fünfjähriges Bestehen mit einem kleinen Festakt am späten Nachmittag. Alle Genossinnen und Genossen – sowohl die, die uns inhaltlich nahestehen, als auch die, die es nicht tun und die, die sich an uns gerieben haben – sind herzlich eingeladen mitzufeiern! Grußworte – von hellaufbegeistert über weinerlich-gerührt bis "kritisch-solidarisch" – sind uns herzlich willkommen.

**Samstag 21.2. von 17.30 bis ca. 20.00**

**Gaststätte Kaiser Wilhelm, Nebenzimmer**



Vorsitzende:

Birgit Brod

e-mail: biggibrod@gmx.de

Unsere Februar Termine:

**3.2. 20.00**

**August-Bebel-Haus  
Sitzung "Arbeit"**

**17.2. 20.00**

**Neumitglieder- und  
Interessiertentreffen, Ort  
erfahrt ihr auf  
der neuen SPD-  
Homepage**

Birgit Brod



## Wir gratulieren zum Geburtstag:

Februar 2004



Wir möchten allen, die im Februar ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

03.02.	Hildegard Blümel 87 Jahre	19.02.	Helmut Riekert 77 Jahre
03.02.	Josef Kleber 70 Jahre	24.02.	Inge Aichele 65 Jahre
15.02.	Ingeborg Körner 75 Jahre	24.02.	Elfriede Krauß 73 Jahre
15.02.	Frank-Lothar Krawolitzki 71 Jahre	24.02.	Ursula Rechtenbacher 70 Jahre
18.02.	Ingeburg Helbig 65 Jahre	28.02.	Adolf Most 78 Jahre
19.02.	Martha Hartner 79 Jahre		

## Köpfe

**Wolfgang Vogel** wurde von der Landtagsfraktion zum hochschulpolitischen Sprecher gewählt und ist jetzt stellvertretender Vorsitzender des Bildungsausschusses



**Walter Fellermeier** wurde wieder zum Kreisvorsitzenden des Bayerischen Landessportverbandes gewählt



**Gabi Dorn-Dohmstreich, Hildegard Gröger, Birgit Hartwig und Julie Mildenerger** wurden wieder in den AsF-Vorstand gewählt

**Wolfgang Vogel** wurde zum „Ritter des geschliffenen Wortes“ von der Narrlangia Rot-Weiß Erlangen gekürt.

**Helmut Aichele** wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft 60plus Erlangen gewählt, **Karl Ziegenthaler** als Beisitzer



## Inge Aichele – ein Dank für vielfältiges Engagement

Wenn Inge dieser Tage ihren 65. Geburtstag feiert, so gelten ihr unsere besten Wünsche für Glück und Gesundheit, verbunden mit dem Dank für ihr vielseitiges Engagement in Partei und Fraktion.

Jahrelang war sie Vorsitzende des Distrikts Innenstadt und gehörte für diesen auch dem Kreisvorstand an.

Ihre große moderne Wohnung war vielfach Treffpunkt für Besuch aus nah und fern. Die Aicheles waren stets bereit, wenn es galt Gäste privat unterzubringen. Das galt vor allem bei

Besuchen aus Erlangens Partnerstädten, wo Hem vielseitige Kontakte für die Partei pflegte und pflegt, aber auch wenn sich für das SPD – Bergfest Besuch von auswärts anmeldete.

Ihre Mitgliedschaft im Vorstand des Heimat- und Geschichtsvereins und auch des Stadtverbandes der Erlanger Kulturvereine hat Inge weit über die Partei hinaus bekannt gemacht.

Zweimal zog sie für die SPD in den Erlanger Stadtrat ein, ehe sie 2002 auf eine weitere Kandidatur verzichtete. Bis 1996 war sie zusätzlich auch Fraktionsgeschäftsführerin. Die Volkshochschule und der Kulturbereich waren Schwerpunkte ihrer Stadtratstätigkeit.

Für den Stadtverband hat sie bei Partnerschaftsreisen wiederholt die Organisation vor Ort übernommen, für den Heimat- und Geschichtsverein galt ihr besonderes Interesse u. a. auch den Fassadenwettbewerben.

Nachdem Inge und Hem sich nun in den Unruhestand verabschiedet haben, - zum Glück haben wir Signale, das dies nicht für die SPD gilt-, wünschen wir ihnen bei der Gestaltung ihrer neuen Freiheit Gesundheit, viel Freude und Spaß an der Gestaltung des neuen Lebensabschnittes.

Robert Thaler



## Auf den Spuren von Regine Hildebrand – Norbert Fuchs wurde sechzig

**Jetzt ist es so weit: Norbert Fuchs ist lautlos in das siebente Lebensjahrzehnt gestartet, zurückgezogen im Kreise seiner Familie.**

Die Fraktion hat ihm schon gratuliert, die Partei wird noch nach einem geeigneten Zeitpunkt

Ausschau halten müssen. Denn Norbert schätzt es nicht sonderlich, wenn großes Aufhebens um seine Person gemacht wird. So wird es wohl so kommen wie es Peter Millian in seiner launigen und gelungenen EN – Laudatio auf Norberts Sechzigsten formuliert hat. Zitat :

Seine Partei wird ihn wohl überfallartig ehren müssen, zu einem überraschenden Zeitpunkt bei geschwächter Widerstandsfähigkeit.

Seine Widerstandsfähigkeit verbunden mit scharfem analytischen Verstand, einem leichten Hang zum Zynismus, aber auch einer gehörigen Portion Selbstironie hat unseren Norbert in über drei Jahrzehnten Parteizugehörigkeit unverwechselbar und unersetzbar werden lassen.

Der belesene promovierte Philologe ist auf der anderen Seite akribisch genau, wenn es ihm um Zahlen und deren Zusammenhänge geht. So ist es kein Zufall, dass er heute der profunde Sprecher für Finanzen der SPD – Stadtratsfraktion ist.

Seine Vorarbeiten zu den Haushaltsberatungen sind logisch und werden von der Fraktion voller Vertrauen aufgenommen, bei den städtischen Kämmerern sind diese ob ihres Detailwissens gefürchtet.

Gefürchtet ist er sicher auch als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, doch auch seine politischen Gegner werden ihm Fairness und Weitsichtigkeit in seiner Ausschussleitung nicht absprechen können.

Vor rund zwanzig Jahren ist Norbert Fuchs auf Antrieb in den Stadtrat gewählt worden.

Die Partei wie auch die Bevölkerung haben seine Arbeit honoriert und ihn bis heute dreimal wieder für den Stadtrat nominiert und gewählt.

In den späten Achtzigerjahren hat er seine Arbeit als Sprecher der Fraktion für Arbeit und Wirtschaft bei der Gründung der GGFA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der Arbeit), dem ZATU (Zentrum für Arbeit, Technik, Umwelt) und der Planung des Gewerbeparks, einem förderungsfähigen Gemeinschaftsprojekt der Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen, engagiert und fundiert eingebracht.

Er wurde Mitglied des Fraktionsvorstandes und seine Zuverlässigkeit und Hartnäckigkeit machten ihn in den verschiedensten Ausschüssen unersetzlich. Sein politisches Talent imponiert vor allem im Haupt-, Finanz-, und Personalausschuss, aber auch als Aufsichtsrat der Schlachthof GmbH, im Kultur- und Freizeitausschuss und nicht zuletzt im Schulausschuss beweist Norbert seine Vielseitigkeit.

Bei den Schülern beliebt und im Lehrerkollegium geschätzt unterrichtet der gebürtige Oberfranke am Helene- Lange-Gymnasium in Fürth.

Seit über zwanzig Jahren wohnt er nun in Bruck und hat sich dem geschichtlichen Stellenwert dieses Stadtteils wie auch den heutigen notwendigen Verbesserungen durch die schwierige Verkehrslage in voller Überzeugung angenommen. Als unersetzlichen Berater weiß er dabei Martin Scheidig an seiner Seite, und er fragt aber umgekehrt bei unserem Brucker Altstadtrat stets zuerst an, wenn es um lokale Probleme geht.

Die Partei schuldet Norbert aber auch Dank für die Wahlkampfleitung zur Kommunalwahl 2002. Viele neue Ideen auf der einen und wenig Geld auf der anderen Seite verlangten einen nicht lösbaren Spagat, den er ohne Neuverschuldung für die Partei abwickelte.

Wer Norberts Einsatz für die Partei etwas näher kennenlernen möchte, sollte einmal einen Blick in unser Erlanger SPD - Buch „120 Jahre Sozialdemokratie in Erlangen“ werfen.

Auf rund zwanzig Seiten hat er die Geburt und Kinderjahre der Erlanger Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgearbeitet.

Was bei alle dem noch überrascht, ist der punktesammelnde Schwimmer Norbert Fuchs um 6 Uhr 30 früh im Röthelheimbad zum Challenge Day (Erlangen ge-



gen Bochum 1991), der Schafkopfer im Sonderzug nach Eskilstuna 1986 und der Realisierer bei der etwas anderen Verabschiedung unserer drei Referenten Rudi, Habs und Wolf-Peter am Egelanger.

Bei der Namensgebung unseres August-Bebel- Hauses 1982 durch Willy Brand war unser Norbert ebenso dabei wie bei der Partnerschaftvereinbarung zwischen Erlangen und Stoke on Trent in Mittel-England.

Der überzeugte Sozialdemokrat und Gewerkschafter (Mitglied der GEW) wäre wohl schon Mitte der Sechzigerjahre in die SPD eingetreten, hätte es da nicht aus taktischen Gründen die große Koalition auf Bundesebene gegeben, was ihn als echten „Fundi“ zuwider war (Regine Hildebrand lässt grüßen). Willy Brands Kanzlerrede „Mehr Demokratie wagen“ machte es ihm dann leicht, seinen Entschluss 1971 nachzuholen.

Zum Beginn seines neuen Lebensjahrzehnts wünschen wir unserem Norbert Glück, Gesundheit und viel Freude – nicht nur mit uns!

**Die Erlanger Sozialdemokraten sind dankbar und stolz auf ihren treuen Weggefährten und Genossen. Freundschaft!**

Robert Thaler

# Ursula Rechtenbacher zum 70. Geburtstag

Liebe Ursel,

## herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag

Mir ist, als wäre es erst vorgestern gewesen, dass wir alle miteinander Deinen 65. Geburtstag gefeiert haben. Wie schnell doch die Zeit vergeht. Erinnerst Du Dich noch? Anstelle einer einzigen Laudatio haben wir für Dich und mit Dir zusammen eine biografische Wanderung durch Dein so reiches Leben unternommen. Wandern - zu Fuß oder mit dem Fahrrad - zum Beispiel auf dem Jakobsweg oder auch anderswo, mit Rolf, mit Deiner Familie oder Freunden, unterwegs sein, zusammen sein mit lieben Menschen: Das gehört zu den Dingen im Leben, die Dir große Freude bereiten. Die Zeit dafür musst Du Dir aber auch jetzt in Deinem siebzigsten Jahr gut einteilen. Zwar hast Du Dein Bürgermeisterin-Amt schon lange abgegeben, ebenso den Vorsitz im Seniorenbeirat, aus dem sozialen und politischen Leben unserer Stadt hast Du Dich aber mitnichten zurückgezogen. Noch immer meldest Du Dich in unserer Partei deutlich zu Wort, wenn es um politische Fehlentwicklungen und Schieflagen in Bund, Land oder Stadt geht. Nach wie vor trittst Du engagiert ein für die Schwächeren und Benachteiligten in unserer Gesellschaft.

Dieses Engagement gründet - wie wir nicht erst seit der „Geburtstagswanderung“ wissen - in Deinem eigenen Lebensweg, in Deiner über viele Jahre erworbenen Lebenserfahrung. Dein Verantwortungsbewusstsein, Deine Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit entwickeltest Du früh. Den Vater hast Du im Krieg verloren, die Mutter musste Dich und Deine zwei Geschwister allein durchbringen, für eine lange Schulausbildung oder gar ein Studium fehlte das Geld. Schon mit 15 Jahren begannst Du, nach der Handelsschule als Kontoristin zu arbeiten. Nach der Heirat mit Rolf und der Gründung Eurer jungen Familie wechselten die schwäbischen Rechtenbacher ins fränkische Erlangen. Rolf wurde „Siemensianer“, Du hattest als Mutter dreier Kinder alle Hände voll zu tun. Kinderbetreuung, Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, kleine Klassen - das waren Ende der 50er Jahre noch Fremdworte, allenfalls Utopien am sozialen

Horizont unserer Gesellschaft. Du nahmst sie jedoch fest in den Blick, engagiertest Dich in Elternbeiräten, später zunächst in der Wählerinitiative für Willy Brandt und dann in der SPD. Die politisch bewegten 68er Jahre mit den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, für Frieden, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit stimmten Dich nicht nur nachdenklich, sie veranlassten Dich, politisch aktiv zu werden: 1972 Wahl in den Erlanger Stadtrat, 1980 Wahl zur Bürgermeisterin, bis 1996 Vorsitzende des Seniorenbeirats. 1990 hast Du mit Rücksicht auf Rolf, der in den wohlverdienten Ruhestand ging, nicht mehr kandidiert.

Für Deine hervorragende Arbeit im Dienst der Menschen unserer Stadt hast Du viele Ehrungen erhalten, u.a. das Bundesverdienstkreuz und zuletzt - 1999 - den goldenen Ehrenring, die höchste Auszeichnung, die in Erlangen neben der Ehrenbürgerwürde verliehen werden kann. Du bist damit die erste und einzige Frau, in der Geschichte unserer Stadt, die jemals auf diese Weise geehrt wurde. „Der ist kräftig und schwer, ganz für Männerhände gemacht“, hörte ich Dich bei der Verleihung sagen. Ich weiß, Du trägst ihn trotzdem mit Stolz, gleichzeitig mit der Gewißheit, dass wir noch viel zu tun haben, bis wir z.B. ebenso viele Ehrenbürgerinnen wie Ehrenbürger haben.

In vielen kommunalen Funktionen und Ämtern, aber auch auf Landesebene hast Du gewirkt, Deine Schwerpunkte setztest Du in den Bereichen Jugend, Bildung, Kultur, Soziales und Senioren. Lernstuben, Frauenhaus, Stadtteilssozialarbeit, Bürgertreffs, Altenclubs, Seniorenbeirat, Senientagespflege, Engagement für die Erlanger Städtepartnerschaften, für die bundesweite Bewegung „Gemeinden für den Frieden“ - das sind nur einige Stichworte, die Deine politische Arbeit markieren. Viele Menschen hast Du motiviert, sich ehrenamtlich zu engagieren, anderen zu helfen, vor allem im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe. Eine menschliche Gesellschaft braucht diese Netzwerke, das war und ist Deine feste Überzeugung.

Ebenso selbstverständlich ist aber für Dich auch, dass notwendige hauptamtliche Arbeit in den Bereichen Erziehung, Bildung, Jugendarbeit und Pflege, dort, wo überwiegend Frauen beschäftigt sind, ange-



messen bezahlt werden muss. Arbeit im Beruf und für die Familie, langes, anhaltendes Engagement im Dienst der Gemeinschaft, große Ehre in den besten Jahren und kleine Rente im Alter - auch Du selbst bist von dieser Erfahrung nicht verschont geblieben. Das ist nicht nur kein Zukunftsrezept für Frauen in unserer Gesellschaft; es ist gleichzeitig ein Beispiel für viele soziale Schiefagen, die wir noch auszugleichen haben. Deswegen wirst Du Dich auch nicht „zur Ruhe setzen“, Du bist weiterhin aktiv: als Vorsitzende im Beirat des CVJM, im Vorstand der Jugendheimschule Puckenhof, im Beirat der Wabe und im Beirat der evangelischen Stadtakademie. Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit - für Dich sind das keine fernen Utopien sondern notwendige „Grundausstattung“ einer wahrhaft solidarischen, menschlichen Gesellschaft.

Liebe Ursel, mit Deinem Beispiel machst Du uns allen Mut. Wir sagen Danke für Deine Arbeit, für Dein Vorbild. Wir sind stolz auf Dich. Im Namen des gesamten SPD-Kreisverbandes Erlangen gratuliere ich Dir ganz herzlich zu Deinem 70. Geburtstag. Wir wünschen Dir zusammen mit Rolf und Deiner ganzen Familie weiterhin gute Jahre voller Tatkraft und Entspannung, voller Gesundheit und Glück.

Deine

Gisela Niclas Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion





# Aufbruch jetzt

Von Andreas Wagner



Die Landtagswahlen 2003 und die Bundespolitik, die zurzeit in Berlin gemacht wird, gibt einer Genossin oder einem Genossen nicht gerade viel Mut um für unsere Partei zu kämpfen. Dies ist auch verständlich. Aber sind wir doch mal ehrlich. Die derzeitige Politik in Erlangen und die Stimmung, die gegen die CSU und ihren (OB)Mann Ball-eis herrscht, ist ein Punkt, die unsere Partei nutzen muss. Ich bin wie einige wissen, noch nicht lange in der SPD, um genau zu sein, nicht mal ganz ein Jahr. Aber eines hab ich gelernt, diese Partei hat Potenzial und kann kämpfen. Da ich letztes Jahr beim Samstagsinfostanden dabei war und ich sah, wie einige Genossen und Genossinnen kämpften, war ich angenehm überrascht. Es ist aber nicht auf alle Mitglieder bezogen sondern immer nur auf einen kleinen Kreis, und diesen Kreis müssen wir erweitern. In der letzten West Sitzung am 13.01.2004 war diese Aufbruchstimmung zu spüren, es wurde ausgespro-

chen, was wir jetzt brauchen, besonders Willi Gehr sprach es an. Dies beinhaltet erst mal, sich weiter gegen die CSU Macht in dieser Stadt aufzurichten und den Menschen in dieser Stadt, die uns brauchen, zu zeigen, dass diese jetzige CSU-Politik für Erlangen nicht gut ist, und wir von der SPD anderer Meinung sind. Es gibt so viele Themen, die wir ansprechen können, die Kosbacher Brücke oder die fatale Innenstadtpolitik, um nur ein paar zu nennen. Das Nächste ist, dass wir uns überlegen müssen, wer unsere Frauen und Männer für die Kommunalwahl 2008 sind. Wir müssen diese Zeit nun nutzen, um diese Genossen und Genossinnen aufzubauen und bekannt zu machen. Und was mir immer wichtig ist, wir müssen den Menschen in dieser Stadt zeigen, dass wir da sind und ihnen zeigen, dass wir uns um ihre Probleme kümmern. Und abgesehen von der Berliner Politik gibt es noch eine andere SPD, nämlich die Erlanger SPD. Diese SPD hat jahrelang in Erlangen regiert und wir können

das wieder tun. **Ich versuche immer, meinen Teil dazu beizutragen, und ich tue es gern, weil diese SPD für mich im letzten Jahr wie eine Familie geworden ist.** Wir haben das Potenzial, nutzen wir es, und nutzen wir diese Stimmung gegen die CSU, damit Erlangen wieder Roter wird, so wie es sein soll. Das alles braucht Menschen, die wieder sagen wollen, ich gehöre zu dieser Partei und ich kämpfe für sie. Wir haben diese Mitglieder und diese Leute bestehen nicht nur aus dem kleinen Kreis Wahlkämpfer, die ich im Landtagswahlkampf 2003 kennen gelernt habe, sondern es gibt mehr Menschen. Und um abschließend zu sagen, es gibt Dinge, die wir uns ruhig von der CSU in Erlangen anschauen können, aber nur, um sie damit zu schlagen. 2008 kann in Erlangen wieder ein besseres, und ich als Optimist, sehr gutes Jahr für unsere SPD werden. Ich bin bereit, jederzeit meinen Beitrag zu leisten, und ich sage immer als Junggewerkschafter, wir ist stärker als ich. Packen wir es an.

## Zu den Positionen der Erlanger Jusos in der Rentenpolitik

von Gerd Peters

### 1. Vorbemerkung

Im Monatsspiegel November wurde ein Antrag von Philipp Dees zur Rentenpolitik veröffentlicht, der weitgehend textlich identisch auf der ersten November-KMV seitens der Jusos zur Abstimmung gestellt wurde. Er wurde nicht angenommen sondern der auf der zweiten November-KMV beschlossenen Wirtschafts- und Sozialpolitischen Projektgruppe als Material überwiesen (ein Protokoll dieser KMV wurde bisher nicht veröffentlicht). In der Diskussion spielte ein Diskussionspapier von mir eine Rolle, das bisher nicht veröffentlicht wurde, das aber im Beitrag von Philipp Dees im Dezember-Monatsspiegel Bezugspunkt ist. Philipp verwendet allerdings eine überholte Vorversion, die ich im Oktober erstellte. Ich

möchte nachfolgend meine Anmerkungen zur JUSO-Position zusammenfassen.

### 2. Zum Politikverständnis in der aktuellen Rentendiskussion

In der aktuellen Diskussion zur Rentenpolitik gehen immer wieder verschiedene Problemaspekte durcheinander. Unklar ist oft, ob von den konkreten augenblicklichen Rahmenbedingungen bundesdeutscher Politik oder von strategischen Gestaltungsvisionen ausgegangen wird. Zu den aktuellen Rahmenbedingungen gehören:

- der Zwang zum Handeln ausgehend von erheblichen strukturellen Finanzierungsproblemen im Gefol-

ge der Wirtschaftskrise der letzten drei Jahre (eher kurz- und mittelfristig) und längerfristig des demographischen Wandels

- die konkreten Machtverhältnisse in der Bundesrepublik geprägt durch ein Patt zwischen SPD und GRÜNEN auf der Bundesebene und dem CDU/CSU-geprägten Bundesrat
- und schließlich als Quintessenz aus diesen beiden Faktoren, ob man sich in dieser Konstellation primär auf Gestaltungsvarianten stützen kann, die realiter chancenlos sind (Spannungsfeld Idealpolitik versus Realpolitik)

Ich persönlich bin der Meinung, dass auf mittlere Sicht die Realpolitik dominieren dürfte, dass es aber zwingend erforderlich ist, längerfristige strategische Optionen zu diskutieren, zu popularisieren und umzusetzen. Nur so kann unserer Sozialstaat in seiner Substanz erhalten bleiben (vgl. auch das Arbeitsprogramm der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Projektgruppe).

### 3. Zu den Positionen und Argumenten im Einzelnen

a) In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Konstellation sind weitere Steigerungen der Sozialversicherungsbeiträge Gift für die wirtschaftliche Entwicklung und somit auch den Arbeitsmarkt, weil hierdurch der Faktor Arbeit weiter verteuert wird und das konkret verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer geschmälert wird mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Konsumgüternachfrage. Politik macht zwar immer mehr Spaß, wenn man Besitzstände erhalten oder gar zusätzliche Ausgaben tätigen kann, insbesondere auch dann, wenn diese als sozial und gesellschaftlich akzeptiert zu betrachten sind (natürlich ist es gut, wenn es den Rentnern gut geht). Politische Gestaltung andererseits erfordert in Krisenzeiten oder wenn man sicher weiß, dass Leistungen nach bisherigem Muster kurz- und längerfristig nicht finanzierbar sind, Einschnitte, auch weil es um so schlimmer kommt, je länger man wartet.

Politische Gestaltungsvorschläge ohne reale Finanzierungsgrundlage helfen nicht. Eine Spekulation über in keiner Weise gesicherte wirtschaftspolitische Wenn-Dann-Effekte ist wenig hilfreich. Vorschläge, die das politische Machtgefüge ignorieren (z.B. Vermögensteuer einführen), taugen vielleicht als politische Vision, nicht aber als Ausgangspunkt für die Lösung aktuell brennender Probleme.

b) Die Belastung der Arbeitnehmer durch ständige weitere Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge stößt an die Grenze der gesellschaftlichen Akzeptanz. Gegenwärtig machen die Sozialversicherungsbeiträge durchschnittlich 41% der unmittelbaren Lohnkosten aus. Bei Fortsetzung der bisherigen Finanzierungspraxis der Sozialversicherung ist ein Anstieg bis 2030 auf 60% wahrscheinlich. Deswegen dürften Reallohnsteigerungen bis dahin hierdurch weitgehend aufgefressen werden, was nicht vermittelbar

ist. Reduktionen von Realeinkommen aus Arbeit werden wahrscheinlicher. Alternative Finanzierungskonzepte der Rentenversicherung sind denkbar, müssen aber in ein Gesamtkonzept der Reform der Sozialversicherung eingebettet werden. Sie sind unabhängig von den kurzfristig erforderlichen Sanierungskonzepten zu diskutieren und beschließen. Kernpunkt ist, ob man, wie die Jusos, die nötigen Mittel primär parallel zu Lohneinkommen oder auf anderen Wegen aufbringen will. M. E. muss dieses ohne oder zumindest durch nur begrenzte Anbindung an die Arbeitskosten geschehen. Eigentlich ist es überraschend, dass die JUSOs sich nicht mehr mit alternativen Finanzierungskonzepten auseinandersetzen (z.B. über Steuern, durch wertschöpfungsbezogene Abgaben oder Einbeziehung anderer Einnahmen in die Bemessung) und sich traditionalistisch auf den Lohneinkommensbezug konzentrieren. Ein Blick über die Grenzen zeigt im Übrigen, in wie vielfältiger Weise andere Länder mit diesem Thema umgehen.

c) Wenn man neue Lasten verteilen will, muss man versuchen, möglichst gerecht unterschiedliche Gruppen zu belasten. Die Einkommen der Rentner sind seit 1992 real leicht gestiegen, die Einkommen aus Arbeit hingegen haben in dieser Zeit stagniert; hinzu kommt die verstärkte Belastung der Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit. Aus Gründen der Gleichbehandlung wäre eine Privilegierung der Rentner gegenüber den Beitragszahlern nur schwer vermittelbar.

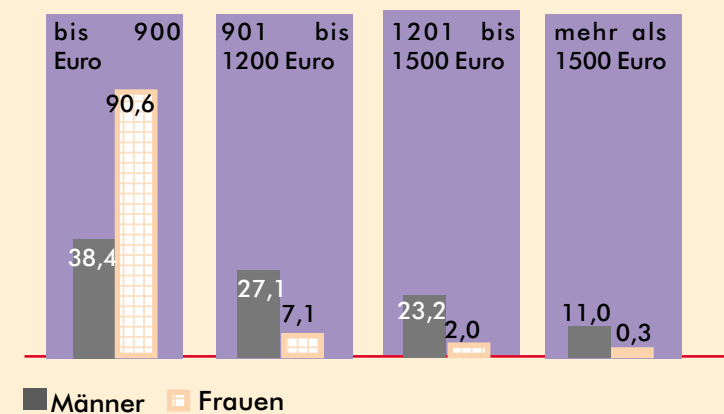
Die wirtschaftliche Situation der Rentner ist insgesamt nicht schlecht. Das durchschnittliche Nettoeinkommen in Rentnerhaushalten liegt deutlich bei ca. 1800 Euro monatlich. Im unteren Rentenbereich ist aus sozialen Gründen die in rot-grünen Zeiten realisierten Mindest-Grundrente zur Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit auszubauen.

d) Eine Erhöhung der Arbeitskosten bremst eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Auch wenn Durchschnittswerte der Arbeitskosten in Deutschland nur ein hohes aber kein extremes Niveau aufweisen, geht der Prozess der Produktionsverlagerung ins Ausland mit seinen Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt ungebrochen weiter, da die Hürden für eine Produktion in den Niedriglohnländern immer niedriger werden. Ein Blick auf unseren Erlanger Siemenskonzern könnte diesen Prozess plastisch machen. Wenn wir Arbeitslosigkeit vermindern wollen, muss das Problem der Arbeitskosten ernst genommen werden.

e) Sowohl durch Beitragssteigerungen als auch durch weniger ansteigende Renten wird die Konsumfreude gemindert; am negativsten schlägt aber die Unsicherheit über das, was alles passieren könnte, durch. Die Phantasien und Ängste der Menschen sind diesbezüglich manchmal grauslich. Das lähmt Gesellschaft und Wirtschaftskreislauf. Spielräume für weitere Verschuldung bestehen nicht, eine Sanierung ist daher unver-

### Wie hoch ist die Rente?

Angaben in Prozent, 2002



Zwei von drei Rentnern in Deutschland enthalten weniger als 1200 Euro Rente, fast 40 Prozent weniger als 900 Euro.

Quelle: VDR/IG-Metall

meidlich, eine langfristig sozial verträgliche Neuorientierung notwendig.

Steuererhöhungen sind in Zeiten schlechter Konjunktur ein Gift gegen den Aufschwung; bei alternativen Konzepten der Finanzierung wie z.B. Schuldenaufnahme verstärken sich Verträglichkeitsprobleme mit europäischem Regelwerk.

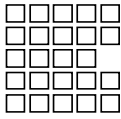
Gerd Peters





## SPD im Stadtrat Erlangen

Fraktion



**Gisela Niclas**

**Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion**

Die Fraktion hat eine Presseerklärung zum Haushalt 2004 abgegeben, die wir auch den GenossInnen nicht vorenthalten wollen.

## Haushaltsbeschluss 2004

Am 4.12.2003 hat die Stadtratsmehrheit der CSU/FDP/FWG zusammen mit dem Oberbürgermeister einen unausgeglichenen und damit nicht genehmigungsfähigen Haushalt für das Jahr 2004 beschlossen. Der Stadtrat schränkt sich damit in seiner Handlungsfähigkeit selbst ein: Die Regierung von Mittelfranken wird den Oberbürgermeister als Kommissar einsetzen. Ein unausgeglichener Haushalt bedeutet, dass im nächsten Jahr nur die Pflichtleistungen und die vertraglich vereinbarten Leistungen erfüllt werden dürfen. Die sogenannten freiwilligen Leistungen – darunter fallen die Zuschüsse für alle Institutionen, Verbände und Vereine im Sozial-, Sport- und Kulturbereich – bleiben gesperrt.

Gegen diesen finanzpolitischen Crashkurs hat sich die SPD-Fraktion bereits zu Beginn der Haushaltsberatungen ausgesprochen. Auf Grund der Zahlen und Einschätzungen der Kämmerer, die dem Stadtrat im Laufe des Jahres 2003 vorgelegt wurden (z.B. deutlich besserer Verlauf der Gewerbesteuererinnahmen bereits im Juni), hat die SPD-Fraktion Eckdaten für einen ausgeglichenen und damit genehmigungsfähigen Haushalt 2004 vorgelegt. Dieses Konzept wurde ohne nachvollziehbare Begründung abgelehnt. Das kann nur bedeuten: Dieser Haushaltsbeschluss ist eine politisch fragwürdige Solidaritätsdemonstration, zu der sich der Oberbürgermeister und die CSU offenbar verpflichtet sehen vor dem Hintergrund der

Auseinandersetzungen um die Gemeindefinanzreform im Bund und gegenüber der rigorosen Sparpolitik der bayerischen Landesregierung, die unmittelbar nach dem Landtagswahlkampf nunmehr entgegen anders lautender vorheriger Versprechungen durchgezogen werden soll.

**Die SPD Stadtratsfraktion hat während den Haushaltsberatungen den Vorschlag gemacht, gemeinsam einen Haushalt zu beschließen, der den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Wenn alle politischen Kräfte an einem Strang gezogen hätten, wäre es möglich gewesen, den Einrichtungen, Verbänden und Vereinen und damit den vielen Ehrenamtlichen, die für unsere Stadt unverzichtbare Arbeit leisten, Planungssicherheit zu geben.**

Leider hat sich die Stadtratsmehrheit anders entschieden. In meiner Haushaltsrede, die ihr übrigens auf unserer Fraktions-Homepage nachlesen können, habe ich unter anderem festgestellt: Wer z.B. für den Kosbacher Damm in 2004 290 000 Euro mit Folgekosten von 26 Mio. € in den nächsten Jahren ausgeben will, verwirkt seine Glaubwürdigkeit mit der Behauptung, es sei kein Geld da. Der gibt zwar vor zu sparen, hat aber ganz offenbar Anderes vor: Den Abbau und die Deregulierung von Leistungen und Strukturen, die unsere Stadtgesellschaft tragen und Werte wie Solidarität und Integration verkörpern.

Die SPD-Fraktion ist sich sehr wohl bewusst, dass die finanzielle Lage unserer Stadt schwierig ist. Seit Jahren müssen wir den Verwaltungshaushalt aus dem Vermögenshaushalt heraus ausgleichen statt umgekehrt. Die Spielräume für Investitionen sind nicht groß, aber dennoch vorhanden. Unsere Stadt hat wesentlich bessere Voraussetzungen als andere, z.B. Nürnberg, Würzburg u.a. Wenige Stichworte dazu an dieser Stelle: Niedrige Arbeitslosenquote, hohes Qualifikationsniveau der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, städtebauliches Entwicklungsprojekt Rötelheimpark, die FAU, Siemens, aktiven wirtschaftlichen Mittelstand. Auf dieser Grundlage lassen sich auch knappe Haushaltsjahre bewältigen – ohne Zerstörung von Strukturen und Ausverkauf städtischen Tafelsilbers.

Alle unsere Anträge wären im Rahmen unserer Eckdaten finanzierbar gewesen – ohne Erhöhung des Verwaltungshaushaltes, ohne Neuverschuldung. Bedauerlicherweise konnten wir uns in vielen Punkten nicht durchsetzen. Auf die Gründe habe ich bereits hingewiesen.

Die Stadtratsmehrheit hat sich auch in diesem Jahr wieder der inhaltlichen Debatte weitgehend entzogen. **Wir sind jedoch sicher, dass wir in unserer Einschätzung des Haushaltes 2004 - ebenso wie bei allen anderen seit 1996 - wiederum bestätigt werden, spätestens, wenn die Abrechnung vorgelegt wird.**

Trotz aller Auseinandersetzungen um den Haushalt 2004 ist es der SPD dennoch gelungen, einige Verbesserungen durchzusetzen:

➔ **Schulsozialarbeit in der Jean-Paul-Schule:**

Zwar gibt es (noch) keine feste Stelle, aber zumindest eine befristete Lösung für das 2. Halbjahr 2003/2004

➔ **Burnout-Syndrom bei Lehrern und Lehrerinnen:**

Um dem entgegenzuwirken, werden Angebote entwickelt. Die Finanzierung erfolgt aus dem Budget des Schulverwaltungsamtes.

→ **Neues Frauenhaus:**

Das alte, viel zu kleine Gebäude soll verkauft, mit dem Erlös der Ankauf ei-

nes neuen Domizils unterstützt werden.

→ **„Grünes Sofa“, Einrichtung für Alleinerziehende:**

Es soll in Kooperation mit Kirche und Landkreis ein Konzept zum Erhalt entwickelt werden.

→ **Weiterentwicklung von Tagespflege- und gerontopsychiatrischen Angeboten:**

Dazu soll in 2004 ein Konzept vorgelegt werden.

Gisela Niclas

## BESIKTAS BELEDİYESİ

### Die 7. Städtepartnerschaft ist auf den Weg gebracht

#### Unsere gemeinsamen Ziele

**„Im heutigen Europa sind die Städte eine wesentliche Stütze der Demokratie. In der Überzeugung dass die gelebte Kultur das gemeinsame Erbe aller Menschen ist, sehen wir sie als eine Quelle der Inspiration und des Fortschritts. Der Dialog und der Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen leistet einen wichtigen Beitrag zu Weltfrieden.“**

So beginnt der Text der Vereinbarung zur Städtepartnerschaft zwischen der türkischen Stadt Besiktas (gesprochen: Beschiktasch) und Erlangen. Damit wurde am 28. September 2003 im Rahmen eines Festaktes im Markgrafen-theater mit der Unterzeichnung durch die beiden Oberbürgermeister Yusuf Namoglu (gesprochen: Namolu) und Dr. Siegfried Balleis eine neue Brücke der Freundschaft geschlagen. Lange hatte sich die SPD Erlangen bereits dafür stark gemacht, dass auch eine Partnerschaft mit einer türkischen Stadt eingegangen wird. Damit wird endlich der Bedeutung des großen türkischen Bevölkerungsanteils an der Erlanger Bürgerschaft und des vielfältigen kulturellen Engagements der türkischen Vereine Rechnung getragen. Seit vielen Jahren bereits prägen sie mit ihrer Arbeit und mit ihren Veranstaltungen nicht nur das multikulturelle Profil unserer Stadt mit, sondern leisten auch über ihre Mitarbeit im Ausländerbeirat, beim interkulturellen

Monat und durch weitere Aktivitäten wertvolle Integrationsarbeit.

#### Die Brücke der Freundschaft wird geschlagen

Der erste Besuch einer Delegation aus Besiktas in Erlangen unter Leitung von Oberbürgermeister Namoglu und weiteren Vertretern und Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Ende September 2003 in Erlangen wurde bereits vier Wochen später, vom 28. Oktober bis 1. November, erwidert. Neben dem Oberbürgermeister, den Spitzen der Fraktionen – ich hatte die Ehre, die SPD-Fraktion vertreten zu dürfen – waren „mit von der Partie“ z.B. Vertreter der Universität, der Wirtschaft, der Gewerkschaften sowie die beiden Stadtverbandsvorsitzenden Sport und Kultur, Robert Thaler und Herbert Hummich.

In Besiktas (ein Stadtteil im Herzen der Metropole Istanbul) wurden wir mit größter Herzlichkeit empfangen und erlebten 5 Tage lang überwältigende türkische Gastfreundschaft.

#### Das Programm in Besiktas: Ein Höhepunkt nach dem anderen

Gleich zu Beginn unseres Besuches feierten wir den 80. Jahrestag der Gründung der türkischen Republik durch Kemal Atatürk im Jahre 1923 mit. Für die meisten von uns eine ganz ungewohnte Situation: Sind doch

staatlich organisierte Massenkundgebungen, Feste und Fackelzüge durch die historische Erfahrung des Faschismus immer noch negativ besetzt.

Der 29. Oktober ist in der Türkei ein Nationalfeiertag, und wir konnten erleben, wie stolz die Türken auf ihren Staat sind und wie unbeschwert sie feiern können.

In den Schulen und Universitäten, die wir besuchten, konnten wir feststellen, dass Bildung einen sehr hohen Stellenwert in Staat und Kommune einnimmt. Gleichzeitig wird nach Kräften der Austausch (nicht nur) mit dem europäischen Ausland gefördert. Bei der Ausbildung des akademischen Nachwuchses gibt es bereits eine lange Tradition von Kontakten und Kooperationen z.B. mit Frankreich.

In Gesprächen mit Stadtratskolleginnen und –Kollegen erfuhren wir von den Bemühungen, angesichts der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung von Besiktas und Istanbul einerseits moderner Stadtentwicklung genug Raum zu geben, andererseits aber auch gewachsene Strukturen und historische Bausubstanz zu bewahren. Intensiv diskutiert wird vor allem das Thema Verkehr. Auch in der Metropole Istanbul sind die Straßen meistens verstopft von Autos, Busse stehen im Stau. Eine besondere Herausforderung ist die Überquerung des Bosphorus, schließlich liegt die Stadt auf zwei Erdteilen, in Europa und Asien. Bislang gibt es zwei große Autobridgen, eine dritte ist in der Diskussion. Es gibt jedoch bereits eine Bewegung in Politik

und Bürgerschaft, die sich anstelle einer weiteren, kostspieligen Brücke für ein nachhaltiges ÖPNV-Konzept einsetzt. Man geht davon aus, dass eine dritte Bosphorusquerung nur für Autos die Verkehrsprobleme mit dem motorisierten Individualverkehr weiter verschärfen wird. (Anmerkung der Verfasserin: Hier könnte sich die Erlanger Stadtspitze doch ein Beispiel nehmen. Wir mit 100 000 Einwohnern haben einschließlich der A3-Querung bereits 4 Talübergänge! Da muss doch eine andere Lösung möglich sein als die Kosbacher Auto-Brücke.)

In der Begegnung mit Gewerkschaftsvertretern, sowie Vertretern und Vertreterinnen von Bürgervereinen hörten wir von den vielfältigen Bemühungen, den unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung stattfindenden Strukturwandel soweit es geht sozial zu gestalten. Das rasante Wirtschaftswachstum, das die Türkei verzeichnet, ist die eine Seite. Auf der Kehrseite sind inzwischen viele Menschen, die bisher z.B. in staatlichen Unternehmen ihren Arbeitsplatz und damit ihr Auskommen hatten, durch die Abschaffung staatlicher Monopole arbeitslos. Sie ziehen in die Städte - auch nach Istanbul - und die vorhandene Infrastruktur recht bei weitem nicht aus, sie alle aufzufangen. Vor allem Frauen sind die Benachteiligten. Sie finden weitaus schlechter Arbeit als Männer, sie sind vielfach abgeschnitten von Bildung sowie von Gesundheits- und Sozialfürsorge. Unsere türkischen Gesprächspartner haben diese Themen unverblümt angesprochen. Da wurde nichts unter den Teppich gefegt. Sie sind interessiert an Informations- und Erfahrungsaustausch, aber sie wollen keine Almosen.

#### **Besiktas: Kosmopolitisch**

Selbstverständlich sind wir auch der großen Vergangenheit unserer neuen Partnerstadt begegnet. Die historischen Stätten wie die Hohe Pforte, den Topkapi-Palast oder die Hagia Sophia u.a. – unsere Gastgeber haben sie uns voller Stolz gezeigt. Wir „tausendjährige“ Erlanger trafen auf eine Kultur, die unter den großen Namen Byzanz und Konstantinopel bereits asiatische und europäische Geschichte geschrieben hatte, lange bevor unsere Stadt

das erste Mal urkundlich erwähnt wurde. Wir besuchten nicht nur räumlich eng benachbarte religiöse Stätten des Islam, des Judentums und der griechisch-orthodoxen Christen. Das friedliche Miteinander der Religionen ist weit mehr als nur ein Anspruch, es ist aus der kosmopolitischen Erfahrung dieser Metropole heraus eine Selbstverständlichkeit, die alltäglich gelebt wird. Und dann die schrecklichen Anschläge und die vielen Toten nur eine Woche später! Die Gedanken waren bei den neuen Freunden, über Tausende Kilometer nahmen wir teil an ihrer Trauer. Daneben aber gibt es die Gewißheit, dass wir alle miteinander die Überzeugung teilen, dass Gewalt und Terror letztendlich nur durch das friedliche Miteinander der Menschen und Völker überwunden werden kann.

**Was war das Gemeinsame aller Gespräche und Begegnungen bei diesem ersten, so eindrucksvollen Besuch in Besiktas? Unsere neuen Partner wissen aus ihrer wechselvollen Geschichte um ihre Stärken, ohne die Probleme und die Aufgaben von Gegenwart und Zukunft zu verschweigen. Sie setzen sich konkrete Ziele. Das wichtigste Ziel ist Europa. Sie haben sich schon lange auf den Weg gemacht. Sie wollen nicht Bittsteller sein, sie wollen Partner werden in der europäischen Gemeinschaft – nicht nur im gemeinsamen Markt, sondern vor allem im Europa der Menschen und Kulturen. Mit unserer 7. Städtepartnerschaft kommen wir ihnen auf diesem Weg ein Stück entgegen. Ich bitte Euch alle um aktive Unterstützung.**

Gisela Niclas

Vorsitzende der Stadtratsfraktion

#### **DANKE, RUHI**

Ganz bewußt habe ich im Text über den Beginn unserer neuen Partnerschaft einen Namen ausgespart: Ruhi Teksifer, unser langjähriger Genosse, geboren in der Türkei, inzwischen Besitzer eines deutschen Passes, Stadtrat von 1990 bis 2002, Ehrenvorsitzender des Ausländerbeirates und vor

allem Mittler zwischen den Kulturen! Lange hat er sich mit Geduld, langem Atem und großer Überzeugungskraft dafür eingesetzt, dass Erlangen eine türkische Partnerstadt bekommt. Er hat die richtigen Vorschläge gemacht, er hat hier und in der Türkei Wege geebnet. Gerne hätte er die Partnerschaft noch während seiner Amtszeit als Stadtrat mitbeschlossen. Das hat leider nicht mehr geklappt. Dafür haben wir ihn gleich nach der Grundsatzentscheidung im Herbst 2002 zum „Beauftragten für die Städtepartnerschaft mit Besiktas“ ernannt. Ruhi hat 2003 nicht nur an der Seite des Oberbürgermeisters die türkischen Gäste hier in Erlangen begrüßt und betreut, er war selbstverständlich auch beim Erwiderungsbesuch in Besiktas dabei. Wir alle konnten erleben, welche große Wertschätzung ihm dort entgegengebracht wird. Damit aber nicht genug: Er hat sich auch als **Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Partnerschaft „ERBES“ e.V.** (gesprochen: Erbesch, Name zusammengesetzt aus Erlangen und Besiktas)) zur Verfügung gestellt..

**Lieber Ruhi, für all Dein Engagement über die Jahre hinweg und jetzt als verlässlicher und kompetenter Wegbegleiter unserer neuen Partnerschaft sage ich Dir im Namen der Erlanger SPD ganz herzlich DANKE.**

In diesen Dank einschließen will ich aber auch die **türkischen Vereine in Erlangen, den Ausländerbeirat**, seinen langjährigen Vorsitzenden und unseren jetzigen Stadtratskollegen, **Jose Luis Ortega Lleras** und unseren Stadtratskollegen **Wolfgang Vogel**, MdL, der in der Fraktion für das Ziel, diese Partnerschaft zu begründen, die „Partnerschaft“ übernommen hat. Die Dankadressen wären aber nicht vollständig ohne **Silvia Klein**, die langjährige Geschäftsführerin des Ausländerbeirates und jetzige stellvertretende Leiterin des Bürgermeister- und Presseamtes und **Michael Greissel**, ihren Mann. **DANKE Ihnen und Euch allen.**

Wer mehr über den neuen Partnerschaftsverein wissen will, kann sich an die Geschäftsstelle wenden: Erbes, c/o Museumswinkel, Gebbertstr.1, 91052 Erlangen, Tel. 0911/537602, e-mail: MichaelGreissel@aol.com



## Für ein starkes und solidarisches Europa Europamanifest der SPD

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Die EU erweitert sich im Mai 2004 um 10 Mitglieder. Mit Bulgarien und Rumänien wird bereits über eine Aufnahme verhandelt – andere Staaten haben Beitrittsgesuche gestellt, die nach klaren und fairen Kriterien geprüft werden. Durch die EU Erweiterung wird die Spaltung des Kontinents überwunden. Diese Entwicklung ist wirtschaftlich wie politisch eine große Chance für Europa und sichert den inneren und äußeren Frieden. Sie wurde ermöglicht durch die Politik Willy Brandts.

Die Erweiterung der EU erfordert zur gleichen Zeit eine Vertiefung des Einigungsprozesses, damit Europa handlungsfähig bleibt, aber auch die Bürgernähe erhöht wird. Die Europäische Verfassung muss die Grundlage für ein demokratisches wie auch starkes Europa legen.

Europa ist eine Wertegemeinschaft. Es waren Sozialdemokraten, die sich gegen alle Widerstände erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass die EU eine Grundrechtecharta bekommt, die rechtsverbindlich und einklagbar wird. Europäische Sozialdemokraten sind der Garant dafür, dass Europa bei allem Wandel die sozialen Errungenschaften verteidigt und mit seinem auf fairen Ausgleich angelegtem Gesellschaftsmodell international ein Vorbild sein kann.

Europa ist eine Friedensmacht. Wir stehen dafür, dass die Stärke Europas stets der Sicherung des Friedens und der Verteidigung elementarer Rechte dient. Der Irak-Krieg hat deutlich gezeigt, dass die Europäer in der Welt-

politik nur Einfluss geltend machen können, wenn sie mit einer Stimme sprechen.

Wir werben dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger am 13. Juni 2004 für ein starkes und solidarisches Europa und Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Europawahl stehen für diesen Kurs ein.



**Lissy Gröner: Unsere Kandidatin für das Europaparlament Listenplatz 22**

### Aussichtsreiche Plätze für die Bayern

Auf der Europadelegiertenkonferenz am 16. November 2003 in Bochum wurden die bayerischen EuropakandidatInnen aussichtsreich auf der SPD-Bundesliste nominiert.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, Bezirk Oberbayern auf Platz 7, Lissy Gröner, Bezirk Mittelfranken auf Platz 22, Michael Zirpel, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz auf Platz 31 und Kerstin Westphal, Bezirk Unterfranken auf Platz 32.

**Lissy Gröner:** "Wir bayerischen KandidatInnen werden mit unserem Spitzenkandidaten Martin Schulz alles dafür tun der SPD zu einem guten Ergebnis zu verhelfen."

### Martin Schulz ist Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl.

Seit 1994 ist er Europa-Abgeordneter, seit 1999 Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. 260 der 266 stimmberechtigten Delegierten wählten Martin Schulz bei der Europadelegiertenkonferenz zum Spitzenkandidaten.

Als überzeugter Europäer betreute Martin Schulz den Europawahlkampf 1999 für die SPD und wurde ein Jahr später zum Vorsitzenden der deutschen Abgeordneten im Europaparlament gewählt.

Martin Schulz wurde am 20. Dezember 1955 in Eschweiler geboren.





6. Februar 2004

25 Jahre

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Erlangen

### Einladung

### zur Feier mit Sektempfang

**Freitag, den 6. Februar 2004  
von 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr**

**Historischer Saal der Volkshochschule, Friedrichstr. 19**

**Festrede: Lissy Gröner,  
MdEP**

**Bezirksvorsitzende der AsF**

**Musik: dezibella**

**Erlanger Frauenchor**

Ab 18.30 Uhr Gelegenheit zu In-  
formation und Gespräch

Für die AsF Erlangen

Gabi Dorn-Dohmstreich, Gunda Ger-  
stenmeyer, Hildegard Gröger,  
Birgit Hartwig, Julie Mildenberger

#### Kontakt

##### Kreisverband:

**Vorsitzender: Robert Thaler**

Tel.: 09131-8126522  
Fax: 09131-8126513  
E-Mail: buero@spd-erlangen.de  
Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

##### Bürozeiten:

Montag	9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
Dienstag	9:00 bis 12:30 Uhr
Mittwoch	9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
Donnerstag	9:00 bis 12:30 Uhr
Freitag	9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:  
Karin Franke - Geschäftsführung

##### Fraktion:

**Vorsitzende: Gisela Niclas**

Tel.: 09131-862225  
Fax: 09131-862181  
E-Mail: SPD@erlangen.de  
Internet: www.erlangen.de

##### Bürozeiten:

Montag bis Donnerstag 10 - 12.00 Uhr

Ansprechpartner:  
Christian Pech